



US-Wahl: Trump oder Harris - wer macht das Rennen?

VON KARIN LUDWIG



WhiteHouse: Foto © Cezary p / wikimedia.org

Am 15. September erfolgte bereits der zweite Versuch eines Attentats auf Donald Trump.

Im Gegensatz zum ersten Attentat im Juli konnte dieses Attentat rechtzeitig vereitelt werden, es gab keine Verletzten, der Täter wurde schnell gefasst. Es handelt sich um einen 58-jährigen US-Amerikaner, Unterstützer der Demokraten und fanatischer Ukraine-Sympathisant. In gewissen Kreisen herrscht offenbar große Angst vor der demokratischen Entscheidung der amerikanischen Wähler.

Einerseits verständlich: ähnlich wie hierzulande wird Trump auch in vielen amerikanischen Medien, aber auch von seinen politischen Konkurrenten als „Gefahr für die Demokratie“ und die Wurzel allen Übels dargestellt. Andererseits amtierte Donald Trump bereits vier Jahre lang als US-Präsident ohne einen Krieg anzuzetteln oder den Weltuntergang auszulösen.

Wirtschaftspolitisch konnte er ebenfalls Erfolge vorweisen - bis zum Ausbruch der Corona-Hysterie. Hier agierte Trump weniger souverän als beispielsweise Ron DeSantis in Florida, aber vernünftiger als die demokratischen Gouverneure Gavin Newsom (Kalifornien) oder Andrew Cuomo (New York) - oder später Joe Biden.

Joe Biden ist weiterhin offiziell Präsident der USA, doch spätestens nach seinem unterirdischen Auftritt im TV-Duell gegen Trump im Juni ist zu bezweifeln, ob er tatsächlich fit genug für dieses Amt ist, und man fragt sich, wer tatsächlich die Geschicke der mächtigsten Nation der Welt bestimmt. Vizepräsidentin Kamala Harris ist es vermutlich nicht. In den

letzten dreieinhalb Jahren betrat sie kaum die Bildfläche und das wenige, was man sah und hörte, war nicht gerade überzeugend.

So versagte Harris grandios in der ihr von Biden übertragenen Aufgabe, die US-Grenzen vor illegalen Migranten zu schützen: Offiziell erreichten seit 2021 etwa 8 Millionen illegaler Migranten die USA. International erschien Harris als eine amerikanische Version von Annalena Baerbock, so bei ihrem Besuch in Südkorea im September 2022, als sie die „bedeutende Allianz mit Nordkorea“ lobte.

So verwundert es nicht, dass Harris' Strategie im aktuellen Wahlkampf darauf beruht, sich als Herausforderin darzustellen, die mit der Politik der letzten Jahre absolut nichts zu tun hat. Sie inszeniert sich als Anwältin der kleinen Leute, doch ihr Lebenslauf spricht dagegen.

Harris stammt aus einer wohlhabenden Einwandererfamilie, studierte Jura, machte Karriere als Staatsanwältin in Kalifornien und wurde 2016 zur US-Senatorin für Kalifornien gewählt. 2020 trat sie bei den Vorwahlen zur US-Präsidentschaft an, gab wegen extrem niedriger Zustimmung jedoch schnell wieder auf.

Im Januar 2021 wurde Harris als Vizepräsidentin von Joe Biden vereidigt. Während ihrer Tätigkeit als Staatsanwältin gab sich Harris als Kämpferin für Minderheitenrechte und gegen die Todesstrafe.

Tatsächlich verweigerte sie dem zum Tode verurteilten Kevin Cooper eine Wiederaufnahme seines Verfahrens aufgrund neuer DNA-Beweise. 2013 ließ Harris medienwirksam die alleinerziehende schwarze

Mutter Cheree Peoples verhaften, weil ihre Tochter Shayla mehr als 20 Tage unentschuldig in der Schule gefehlt hatte.

Allerdings litt Shayla an einer Sichelzellanämie, litt deshalb oft an starken Schmerzen und musste im Krankenhaus behandelt werden - all das war mit der Schule abgesprochen. Diese Liste der Heuchelei ließe sich fortsetzen.

Ihr Vizepräsidentschaftskandidat Tim Walz überzeugt ebensowenig. Zwar stammt er tatsächlich aus einfachem Elternhaus und diente bei der Nationalgarde.

Allerdings übertreibt er gern bezüglich seines Dienstgrades und verschweigt, dass er das Militär rechtzeitig verließ, bevor seine Einheit in den Irak abkommandiert wurde.

Seit 2019 ist Walz Gouverneur von Minnesota. Als solcher setzte er ein strenges Corona-Regime um, ließ während der BLM-Proteste in Minneapolis die Stadt und Polizeistationen brennen ehe er dann doch noch die Nationalgarde einsetzte, erlaubt Schwangerschaftsabbrüche „in jedem Stadium“, droht Eltern mit dem Entzug ihrer Kinder, wenn sie sich der LGBTQ-Propaganda verweigern, verspricht „Klimaneutralität“ und versorgt illegale Migranten mit kostenlosen Gesundheitsleistungen und Führerscheinen. Dennoch (oder deswegen?) wurde er 2022 wiedergewählt.

Walz' Konkurrent J.D. Vance ist da ein ganz anderes Kaliber: Aus der amerikanischen Unterschicht stammend, leistete er seinen Dienst bei den U.S. Marines im Irak, studierte Jura in Yale, arbeitete als Anwalt und ist seit 2022 US-Senator für Ohio.

Fortsetzung auf Seite 3

wir empfehlen ...



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

Das Wärmeplanungsgesetz Zum Beispiel für die Stadt Bergisch Gladbach

VON LÄTTITIA CAPUCCI

Interview des I-f-GE über seine Auswirkungen für die Bürger mit Herrn Dr. Helmut Waniczek



Bild von © I-f-GE

I-f-GE: Herr Dr. Waniczek, Sie als Naturwissenschaftler und promovierter Chemiker haben sich mit dem Wärmeplanungsgesetz der Stadt Bergisch Gladbach, das am 26.08.2024 Journalisten vorgestellt wurde, auseinandergesetzt. Seitens der Bundesregierung will man CO₂ u.a. mit Hilfe des Wärmeplanungsgesetzes einsparen. Jedoch gibt es keine wissenschaftlichen Grundlagen zum menschengemachten CO₂-Gehalt und dem Klimawandel. Wie ist das denn mit dem CO₂?

Dr. Waniczek: Ja, es ist tatsächlich so, dass die starke Klimawirkung von CO₂ nicht wissenschaftlich nachgewiesen ist. Wasserdampf absorbiert ebenfalls Infrarotstrahlen, und zwar in wesentlich stärkerem Ausmaß als CO₂, und ist in der Atmosphäre in viel höheren Konzentrationen vorhanden. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre stieg in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an und hat jetzt 0,042 % erreicht. Als durch die Corona-Maßnahmen der menschliche CO₂-Ausstoß drastisch sank, stieg die Konzentration unverändert weiter. Das

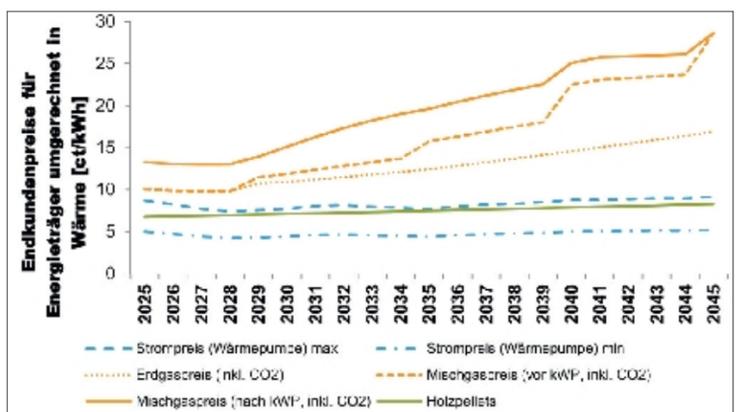
bedeutet, dass der menschliche Einfluss auf die CO₂-Konzentration vernachlässigbar ist. Es gibt offensichtlich viel bedeutendere CO₂-Quellen auf der Erde.

I-f-GE: Aktuell wurde dazu eine neue Studie des japanischen Wissenschaftlers Dai Ato, die die Ansicht des vom Menschen verursachten Anstiegs von CO₂ in der Atmosphäre widerlegt, jüngst vorgestellt. Danach bestimmt die Oberflächentemperatur der Meere den CO₂-Gehalt in der Luft. Aber dazu werden wir hier noch berichten. Zurück zum Wärmeplanungsgesetz. Wie sieht denn der Plan der Bundesregierung aus, um die Ziele der Dekarbonisierung zu erreichen?

Dr. Waniczek: Die erste Maßnahme der Regierung war die gescheiterte Energiewende; die CDU hat den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und die Ampelregierung den aus der Kohleverstromung. Beides führte zum höchsten Strompreis in Europa. Dann kam das Gebäudeenergiegesetz und nun das Wärmeplanungsgesetz.

I-f-GE: Was kommt auf die Bürger z.B. in Bergisch Gladbach in den kommenden Jahren zu?

Dr. Waniczek: Das Gebäudeenergiegesetz zwingt die Bürger zur Wärmesanierung ihrer Häuser, indem der Energiepreis durch Steuern künstlich so erhöht wird, bis der Bürger seine Heizkosten nicht mehr bezahlen kann. Dann soll er den Rest seines Geldes für Isolierung und Heizungserneuerung ausgeben.



Folie 1: Die von der Regierung beabsichtigte Preisentwicklung

Fortsetzung auf Seite 2

02 | Politik

Fortsetzung Seite 1 - Das Wärmeplanungsgesetz Zum Beispiel für die Stadt Bergisch Gladbach

Dr. Waniczek: Hat jemand ein modernes gut isoliertes Haus, welches mit Erdgas über eine Fußbodenheizung beheizt wird, dann muss er etwa 18.000 € ausgeben um eine Wärmepumpe einzubauen. Diese Investition rechnet sich erst nach 39 Jahren. Hat der Bürger ein älteres Haus mit einer Zentralheizung, dann rechnet sich eine Wärmepumpe wegen des erhöhten Stromverbrauches schon gar nicht.

Hat der Bürger aber ein schlecht isoliertes Haus mit alten Fenstern

und ohne Zentralheizung, dann kostet die Sanierung zwischen 100.000 und 180.000 €. Diese Investition rechnet sich niemals und bedeutet schließlich Abriss und Neubau des Hauses.

I-f-GE: Wie ist die Gebäudestruktur in Bergisch Gladbach? Wie viele Gebäude wären betroffen?

Dr. Waniczek: Die Studie der Verwaltung in Bergisch Gladbach zeigt sehr schön, dass der Baubestand in Bergisch Gladbach

sehr alt ist. Man kann davon ausgehen, dass die Gebäude im roten und orangen Bereich meist nicht wirtschaftlich sanierbar sind. Gebäude, die relativ neu, also gut isoliert sind, sieht man bei dieser Auflösung schon gar nicht mehr.

I-f-GE: Das gilt so oder so ähnlich für jede Stadt in Deutschland. Bergisch Gladbach ist nur ein Beispiel.

Wie sollen denn die geplanten Auswirkungen auf die Stadt sein?

Dr. Waniczek: Durch diese Sanierungspflichten will die Verwaltung den Wärmeenergieverbrauch in Bergisch Gladbach halbieren. Das sind aber Kosten im Milliardenbereich, die die Bürger selbst bezahlen sollen, aber nicht haben werden.

I-f-GE: Also der Bürger muss das alles aus eigener Tasche bezahlen. Ist das dann alles?

Dr. Waniczek: Das ist ja nicht alles, denn die Reduzierung des Energieverbrauches ist ja nur der Anfang. Dann kommt das Wärmeplanungsgesetz, zu dem die Verwaltung jetzt den ersten Plan vorgestellt hat. Danach sollen dann 65% der Wärme aus sogenannten „erneuerbaren“ Energien

kommen. Die Verantwortlichen wissen aber gar nicht, woher die kommen sollen.

I-f-GE: Woher sollen die benötigten Wärmemengen kommen?

Dr. Waniczek: Zwingend anfallende Wärme gibt es kaum, und wo es die gibt, ist sie schon heute zum Heizen eingesetzt. Alle anderen Wärmequellen sind marginal und oft teuer, wie z. B. Erdwärme. Das Verlegen von Fernwärmerohren ist wegen der Entfernungen auch kaum möglich und unbezahlbar. Die Studie erwähnt noch ganz verschämt den Plan einer Wasserstoffherstellung, glaubt aber offensichtlich selbst nicht daran.

I-f-GE: Herr Dr. Waniczek, nach allem, was wir nun von Ihnen gehört haben, ergeben sich sicher viele Fragen der Bürger.

Was raten Sie denn den Bürgern von Bergisch Gladbach und den anderen Gemeinden, die nun ähnliche Wärmepläne finanzieren sollen?

Dr. Waniczek: Bei allem, was der Bürger nun macht, ist er völlig auf sich gestellt, was die Verantwortung betrifft. Niemand weiß, ob all diese Pläne jemals umgesetzt

werden. Ich persönlich glaube nicht daran. Deshalb ist es für den Bürger das Klügste, gar nichts zu machen. Die Drohungen, die in dieser Studie stehen, dass das konventionelle Heizen so verteuert werden soll, bis der Bürger das nicht mehr bezahlen kann, würde ich nicht beachten, sondern abwarten, bis und ob Zwangsmaßnahmen kommen.

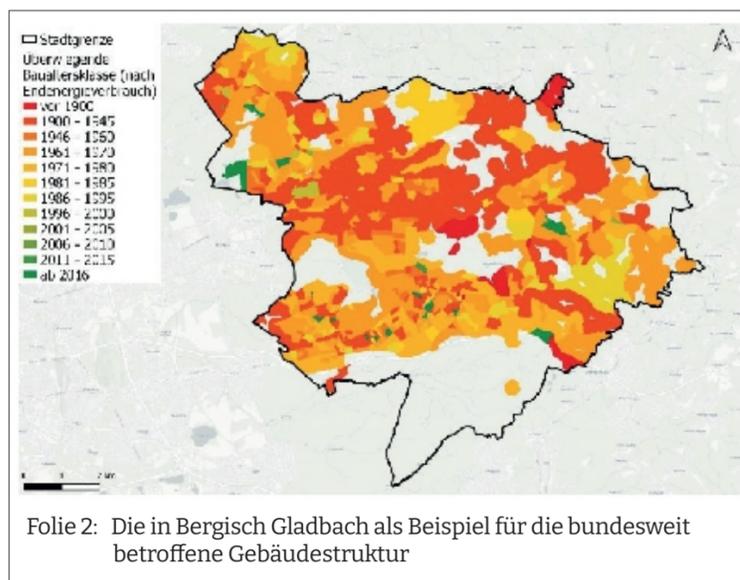
I-f-GE: Sollten alle diese geplanten Maßnahmen umgesetzt werden, ist dann dann für das Klima wenigstens alles getan?

Dr. Waniczek: Ja, das sollte man glauben, aber die Verantwortlichen schreiben am Ende ihres Berichtes, dass nach all diesen Investitionen die Erde um 3°C wärmer sein wird.

Die Medien verbreiten ja, dass das 1,5°-Ziel unbedingt eingehalten werden müsse, da dann wegen Kipp-Punkten die Erde unrettbar verloren wäre.

I-f-GE: Vielen Dank Herr Dr. Waniczek für Ihre Einordnungen und Informationen.

Wir können festhalten, dass die Bürger für eine Ideologie zur Kasse gebeten werden, die weder den Bürgern noch der Umwelt helfen wird.



Vom „Journalismus“ und seinen (inter)nationalen „Höhepunkten“ anno 2024

VON PROF. DR. HARALD WEYEL



Das Jahr 2024 war und ist durch große Kampagnen, einerseits denen der Desinformation und andererseits denen der Information, geprägt. Zum Auftakt sahen wir schon 2023 begonnene und in Frankreich oder den Niederlanden weit handgreiflicher ausgeführte „Bauerdemonstrationen“ auch in Deutschland.

Diese wurden in der Politik insbesondere von der Alternative für Deutschland (AfD) für richtig und wichtig befunden, und politisch unterstützt. Wie übrigens schon vorher die „Corona-Maßnahmen“-Kritiker sowie „Ukraine-Krieg“-Gegner.

Sie alle fanden und finden sich wieder im medial und politisch täglich aufs Neue ausgebreiteten NS- bzw. „Nazi“-Verdacht, wurden

und werden mit staatlichen Repressions- und Strafverfolgungsmaßnahmen angegangen.

Doch dann startete am 10. Januar 2024 eine wohl von längerer Hand vorbereitete Desinformations-offensive des quasi halbstaatlichen, staatlich und privat gesponsterten pseudojournalistischen Kunstgebildes „Correctiv“. Diese letztlich voll verlogene Offensive stilisierte ein exklusives Privattreffen in Potsdam – mit diversen Referenten zu unterschiedlichen Sachthemen plus einer österreichischen Buchvorstellung zur „Remigration“, nicht aber Deportation unbescholtener Aufenthaltsberechtigter oder gar eigener Staatsbürger), zum „Geheimplan gegen Deutschland“, mit dem Holzhammer halbgar zurechtge„framed“ zur veritablen

„Wannseekonferenz 2.0“!

Diese inzwischen weitgehend sogar per Gerichtsurteilen etc. als Lügen-Kampagne einzustufen- den Aktion, die zudem abgesprochen wirkt mit höchsten (und ggf. mitdemonstrierenden) Regierungsverantwortlichen und deren Behördenapparaten, hat freilich die Logik eines künstlich gelegten Gegenfeuers auch gegen vorgenannte „Bauernprotest“-Flammen – und natürlich ganz besonders gegen den Angstgegner „Alternative für Deutschland“ als schon vorher mit fast allen Mitteln verfolgte politischer Partei.

Merke: Der „Skandal“ des besagten künstlich skandalisierten und quasi geheimdienstlich ausgeforschten Privat-treffens fand schon im November des Vorjahres statt.

Innerhalb einer Woche war denn auch ein – mit allen pseudo-künstlerischen Freiheiten versehenes, und justiziablen und wohl entsprechend (vor)geschriebenes „Theaterstück“ fertig zur Uraufführung. Mit allen besagten, verleumderischen, faktenfreien, insinuerierenden Inhalten.

Sowas sollte wohl nicht fehlen, im Polittheater der Bundeshauptstadt. Das Ganze wurde medial auch in alle Winkel der Provinz getragen und mündend in wie von Amts wegen im „DDR“-Stil organisiert wirkenden Anti-

Oppositions- und Pro-Regierungs-„Proteste“ einer quasi postdemokratischen Zivilgesellschaft aus teils oder voll fremdfinanzierten, knallharten Profiteuren sämtlicher Mißstände und der Füllmasse offenbar völlig urteilsloser Mitläufer aller Altersgruppen und Bildungsgrade.

Einen Monat später erlebten wir dann einen inhaltlich auf ungleich höherem Niveau angesiedelten journalistischen Ansatz anderer Art. Nämlich als vorläufigen Höhepunkt wirklich internationaler und quasi-diplomatischer „Public Diplomacy“, getragen von der privat-beruflichen Initiative des in Ungnade gefallenem unbequemen doch populären US-Journalisten Tucker Carlson.

Nämlich dessen technisch weltweit über bestimmte Soziale Medien kommunizierte Interview mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 8. Februar 2024.

In über zwei Stunden konnte man hier viel über Motivation und Hintergründe nicht nur des Ukraine-Konfliktes/Krieges erfahren, deren Offenlegung die „westlichen Medien“ mehr und mehr schuldig bleiben, die seit dem Kiewer €-Maidan-Putsch vom Januar 2014 nurmehr Verdrängung und Verschleierung als ihre Aufgabenstellung zu betrachten scheinen. Als „take away“, also Quintessenz

der Ausführungen des russischen Präsidenten bleiben bei mir zwei Punkte haften, nämlich das der Rückzug der Russen vor Kiew schon in den ersten Wochen des Großangriffs als Vorleistung für den in März/April 2022 in Weißrußland und der Türkei zu verstehen sei.

Ob per Live-Übertragung oder Aufzeichnung erreichten die US-Produktionen ein (inter)nationales Abermillionenpublikum und betreten publizistisches Neuland in einer der vielleicht schwierigsten innenpolitischen und internationalen Konfliktkonstellationen der letzten 110 Jahre (also seit 1914).

Dagegen hat es die hier im Text zuerst und chronologisch benannte deutsche „Produktion journalistischer Schande“ – wie man es wohl mit Fug und Recht nennen kann und muß –, immerhin geschafft in Summe die ein oder andere Million Dumme zum medial aufgepumpten Jagen zu tragen.

Gegen eine von der Macht noch absolut unkorruptierte Oppositionspartei und diverse Protestbewegungen, denen, immer offensichtlicher werdend, weder regierende noch ehemals regierende Altparteien und all ihre Vorfelder und Mitläufer inhaltlich etwas entgegenzusetzen haben – abgesehen von hanebüchene Falschbehauptungen und Realitätsausflüchten natürlich!

Zunehmende Gewalt und institutionelle Ausgrenzung

VON CHRIS HALDENBIEKER



Von © Nizzan Cohen, CC BY Wikimedia Commons

Demokratie, Vielfalt und Toleranz, sind die Worthüllen, die durch alle Mainstream-Medien kontinuierlich wiederholt werden. Die Loslösung der Wortbedeutung von dem dahinterliegenden Konzept war schon in früheren sozialistischen Zeiten Strategie.

Und auch heute unterscheidet sich die Verwendung von im politischen Exkurs verwendeten Kampfbegriffen von ihrer ursprünglichen Bedeutung, mitunter sogar bis zum Gegenteil. Das musste auch eine

junge Frau feststellen, die sich für ihr Land und ihre Gesellschaft einsetzt und damit auch nicht hinter dem Berg hält. Zu jung ein Kind bekommen, kämpft sie seit geraumer Zeit darum, wieder eine intensivere Beziehung mit ihrer Tochter aufzubauen, die bei einer Pflegefamilie lebt.

Aufgrund des falschen Parteibuches scheint das aber nicht machbar zu sein, wie das Jugendamt feststellt und das Gericht bestätigt. Man scheint zu glauben, dass konservative Positionen einen schädlichen

Einfluss auf die Erziehung haben könnte. Zwei Jahre Besuchsverbot ist die Konsequenz und damit die Entfremdung während einer wichtigen Phase der Entwicklung des Kindes. Aber auch die Diskussion im Freundeskreis ist nicht ungefährlich, wie sie bitter erfahren musste. Gerät man an einen Aktivist der Antifa, wird einem aufgelauert, um dann auf offener Straße niedergeschlagen zu werden.

Der Verlust des Arbeitsplatzes ist die jüngste Hiobsbotschaft, die die junge Frau verkraften musste. Als Pflegerin in einem Krankenhaus arbeitend, vermied sie wohl wissend dort politische Themen. Genutzt hat es nichts. Für die soziale Branche reicht die Kenntnis über das falsche Parteibuch, um eine Kündigung auszusprechen.

Das ist die Demokratie, Vielfalt und Toleranz, die kritische Menschen tagtäglich in einer von Grünem Sozialismus zersetzten Gesellschaft erleben.

Impfstoffhersteller Pfizer in USA verklagt

VON ENZO RAUCH

Der Staatsanwalt von Kansas (USA) hat die Pharmafirma Pfizer verklagt, weil sie die Öffentlichkeit mit „falschen, irreführenden und täuschenden Aussagen“ über die Sicherheit und Wirksamkeit des Corona-Impfstoffes Comirnaty getäuscht hat, und wesentliche Nebenwirkungen verheimlicht hat. Kris Korbach,

der republikanische Staatsanwalt, wirft Pfizer das Verschweigen schwerwiegender Impfnebenwirkungen und mangelhafte Wirksamkeit vor.

Pfizer hat den Wirkstoff gemeinsam mit dem deutschen Unternehmen BioNTech entwickelt. Anders als in der EU, hat der Staat Kansas mit Pfizer

vertragliche Vereinbarungen über die Wirksamkeit der Corona-Impfung geschlossen. In der EU wissen die Bürger nicht, welche Vereinbarungen geschlossen wurden, weil die Verträge von der Kommissionspräsidentin Von der Leyen heimlich geschlossen wurden und diese sich weigert, die Dokumente offenzulegen.

Medienkampagnen für die Demokraten

VON EMIL HOFER



Bild von © kalhh auf Pixabay

Es ist nachvollziehbar, dass die Mainstreampresse sich vehement dagegen sträubt, als Lügenpresse diffamiert zu werden.

Soweit, so verständlich. Aber die Frage, die sich stellt, wäre, wie man sich diesen Ruf überhaupt erwerben konnte. Negative Informationen gegen die Oppositionspartei werden doch auffällig schnell, oft vielleicht sogar absichtlich völlig unrecherchiert und zusätzlich garniert mit überspitzten und möglichst bösen Begriffen in die Welt getragen.

Aus regelentsprechenden Forderungen zur Rückführung von nicht Schutz berechtigten Asylbewerbern macht man Zwangsdeportationen aller Ausländer. Wenn ein Spitzenkandidat genötigt wird, seine Ansichten über die SS kund zu tun und diese Ansicht beispielsweise zwangsrekrutierte

Jugendliche, die keine andere Wahl hatten, als dort mitzumachen, von begangenen Verbrechen dieser Einheit ausnimmt, dann wird kolportiert, man würde der SS positiv gegenüberstehen.

Das schreiben dann nicht nur die deutschen Mainstreammedien wider besseres Wissen um die präzisen Aussagen, nein die internationale Presse übernimmt das und nötigt europäische Schwesterparteien, sich durch Beendigung von Fraktionsgemeinschaften zu distanzieren, um eigene Wahlerfolge nicht zu gefährden.

Das zeigt die Macht der Presse, die aber schwindet. Es muss sehr frustrierend für diese Medien sein, wozu auch das ÖR-Fernsehen gehört, wenn solche Kampagnen, für die viel Geld, Energie und Personal aufgewendet wurden, ziemlich ins Leere laufen und kaum den erhofften Erfolg bringen.

Das ist die größte propagandistische Materialschlacht mit nur geringen Auswirkungen auf die Wahlergebnisse zur EU-Wahl.

Es hat sicher Stimmen gekostet, aber die Kernwählerschaft der Opposition wird dadurch ihre Einschätzung zu den Medien als wichtiger Teil des Gesamtsystems weiter überdenken.

Demnächst stehen die Wahlen in Brandenburg, Sachsen und

Thüringen an. Hier erwartet vermutlich jeder Wähler der Opposition eine noch größere Kampagne, da dadurch auch der Rundfunk-Staatsvertrag ins Wanken gerät und der öffentlich-rechtliche Rundfunk vor einem gewaltigen Umbruch stehen könnte. Man darf gespannt sein, welche Geschütze die Medien auffahren, insbesondere der ÖRR, um das Kippen der Zwangsgebühren (GEZ) zu verhindern. Im gleichen Maße verlieren die Bürger zunehmend das Vertrauen in die Leitmedien. Mit der maßlosen Übertreibung steigt die Resilienz von immer mehr Menschen.

Laut einer Studie von Infratest Dimap sind es 82% der Oppositionswähler inzwischen egal, dass die Partei AfD als »rechtsextrem« gebrandmarkt wird. Nicht, weil sie sich selbst so verstehen, sondern weil ihnen sehr klar ist, wer das warum sagt. Aus dieser Studie geht auch hervor, dass man längst nicht mehr aus Protest wählt, um anderen einen Denkkettel zu verpassen, sondern zum größten Teil inzwischen aus tiefer Überzeugung.

Trotzdem darf es nicht egal sein, dass völlig verzerrte historische Vergleiche inflationär gebraucht werden. Wer eine demokratische Partei ständig mit einer Diktatur in Zusammenhang bringt, verharmlost Diktatoren.

Fortsetzung Seite 1 - US-Wahl: Trump oder Harris - wer macht das Rennen?



Foto The White House / Shealah Craighead wikimedia.org

Seine politischen Ansichten schildert Vance absolut lesenswert in seiner Autobiographie „Hillbilly Elegy“, zumindest sollte man sich den Film anschauen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei den US-Präsidentenwahlen zwei ideologische Selbstdarsteller einem narzisstischen, aber durchaus erfolgreichen Ex-Präsidenten und einem Aufsteiger aus der Unterschicht mit sehr vernünftigen politischen Ansichten gegenüber stehen.

Der Ausgang ist ungewiss, letztlich ist es ein Kampf des woken Establishment mit geballter Medienmacht gegen die

Interessen einfacher Bürger.

So sieht es zumindest Robert F. Kennedy jr., der als einst überzeugter Demokrat zum unabhängigen Präsidentschaftskandidaten wurde - und nun die Trump/Vance-Kampagne unterstützt.

Zweifellos wird der Ausgang der Wahl relevante Auswirkungen auf Europa haben. Die „Eliten“ in Brüssel und Berlin werden ihren derzeitigen Kurs zwar beibehalten wollen, aber mit Trump und ohne Unterstützung durch die USA dürfte das langfristig scheitern. Mit Harris und Walz hingegen kann es weiter mit Vollgas in Richtung Abgrund gehen.

Die Auflösung des Kreuzworträtsels von Seite 12:

S U S N E Z H C S T U P S O A H C

Buchrezension

„Wir sind nicht alle“ Der globale Süden und die Ignoranz des Westens.

VON EMIL HOFER



Autoren: Johannes Plagemann und Henrik Maihack
C.H.Beck-Verlag
ISBN 978 3 406 80725 1

Der Westen ist nicht mehr der Nabel der Welt. Die Staaten des globalen Südens treten mit neuem Selbstbewusstsein aus der Unscheinbarkeit heraus, sodass Europa seine tradierten Denkmuster verlassen muss.

Diese Länder haben einen anderen Blick auf die Welt und wollen die USA mit dem Anhängsel Europa nicht als Hegemon sehen.

Russland und China haben ein vom Imperialismus unbelastetes Verständnis und nähern sich diesen Staaten immer weiter an.

Dieses Buch diskutiert, warum die Staaten des globalen Südens so handeln, warum deren Skepsis gegenüber dem Westen so tief sitzt – und warum in der neuen Multipolarität auch Chancen liegen.

Sie können die nächsten 4 Ausgaben der Bergischen Freiheit für 20 € automatisch per Post beziehen.

Sie können uns und unsere Arbeit aber auch durch Schaltung von Werbung oder anderweitig unterstützen.

Für weitere Informationen senden Sie Ihre Anfrage bitte an

redaktion@bergische-freiheit.de

Auch freuen wir uns über Ihren Leserbrief an obige Adresse.

Der russische Präsident Wladimir Putin im internationalen Pressegespräch

VON ENZO RAUCH



Quelle: Screenshot

Der russische Präsident Wladimir Putin gab am 05. Juni 2024 ein internationales Pressegespräch in Sankt Petersburg, um Fragen westlicher Pressevertreter zu beantworten. An dem Gespräch nahmen Vertreter von Nachrichtenagenturen aus Aserbaidschan, Weißrussland, Kasachstan, den USA, Usbekistan, China, Iran, Großbritannien, der Türkei, Korea, Italien, Deutschland, Japan, Spanien und Frankreich teil.

Allein dies ist schon bemerkenswert, denn kein Vertreter der westlichen Staaten würde sich einem öffentlichen Pressegespräch russischer oder chinesischer Agenturen stellen. Das gesamte Interview findet man in deutscher Übersetzung unter: <http://kremlin.ru/events/president/news/74223>

Nur zwei Auszüge wollen wir hier abdrucken, obwohl das gesamte Interview sehr interessant ist:

M. Romanchik (übersetzt): Guten Abend, Herr Präsident! Guten Abend alle zusammen! Bundeskanzler Scholz stimmte Waffenlieferungen an die Ukraine zu. Bitte sagen Sie mir, wenn Scholz seine Meinung ändert, wie werden Sie es bewerten? Und was erwartet Deutschland Ihrer Meinung nach? Haben Sie Herrn Bundeskanzler vielleicht irgendwie gewarnt, ermahnt oder gedroht, als er beschloss, Waffen an die Ukraine zu liefern?

Wladimir Putin: Warum haben Sie entschieden, dass wir jemanden bedrohen?

Wir bedrohen niemanden, insbesondere nicht das Oberhaupt eines anderen Staates. Das sind schlechte Manieren, das sind schlechte Manieren. Wir haben zu bestimmten Themen unsere eigene Position. Wir kennen die Position der europäischen Staaten, einschließlich der Position der Bundesrepublik, zu den Ereignissen in der Ukraine.

Jeder glaubt, dass Russland den Krieg in der Ukraine begonnen hat. Aber niemand – das möchte ich betonen – niemand im Westen, in Europa möchte sich daran erinnern, wie diese Tragödie begann. Es begann mit einem Staatsstreich in der Ukraine, einem verfassungswidrigen Staatsstreich. Dies ist der Beginn des Krieges. Aber trägt Russland die Schuld an diesem Putsch? Nein. Haben diejenigen,

die heute Russland die Schuld geben wollen, vergessen, dass die Außenminister Polens, Deutschlands und Frankreichs nach Kiew kamen und ein Dokument zur Beilegung der innenpolitischen Krise als Garanten dafür unterzeichneten, dass die Krise auf friedliche, verfassungsmäßige Weise beendet werden sollte?

In Europa, auch in Deutschland, möchte man sich daran lieber nicht erinnern. Und wenn wir uns erinnern, stellt sich die Frage: Warum forderten dann die Führung der Bundesrepublik sowie die anderen Unterzeichner dieses Dokuments nicht die Rückkehr der Menschen in der Ukraine, die den Staatsstreich durchgeführt haben, auf den rechtlichen Verfassungsraum?

Warum vernachlässigten sie ihre Pflichten als Garanten der damals geltenden Vereinbarungen zwischen der Opposition und der Regierung? Sie tragen also gemeinsam mit den Kräften in den Vereinigten Staaten, die die Machtergreifung mit verfassungswidrigen Mitteln provozierten, die Schuld an dem, was passiert ist. Wissen Sie nicht, was folgte?

Es folgte die Entscheidung der Bewohner der Krim, sich von der Ukraine abzuspalten, gefolgt von der Entscheidung der Bewohner des Donbass, denen, die in Kiew einen Putsch verübten, keinen Gehorsam zu leisten. Dies ist der Beginn dieses Konflikts.

Und dann unternahm Russland alle Anstrengungen, um eine Formel für eine Lösung mit friedlichen Mitteln zu finden, und 2015 wurden in Minsk die sogenannten Minsker Abkommen unterzeichnet, die übrigens durch einen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zustande kamen. Dies ist ein Dokument, das ausgeführt werden sollte. Nein, sie haben beschlossen, dieses Problem mit Waffengewalt zu lösen.

Der Einsatz von Artillerie, Panzern und Flugzeugen gegen Zivilisten im Südosten der Ukraine begann. Aus irgendeinem Grund möchte sich niemand, ich wiederhole, niemand daran erinnern, weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern oder in den USA. OK.

Wir haben die Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen

erleichtert, aber wie sich herausstellte, war niemand bereit, sie umzusetzen. Sowohl der ehemalige Bundeskanzler Deutschlands als auch der ehemalige Präsident Frankreichs haben dies öffentlich erklärt. Sehr geehrter Herr Romanchik, wie verstehen wir das?

Sie erklärten öffentlich, dass sie die Minsker Vereinbarungen nicht umsetzen wollten, sondern sie nur unterzeichneten, um die Ukraine zu bewaffnen und Bedingungen für die Fortsetzung der Feindseligkeiten zu schaffen. Wir wurden einfach an der Nase herumgeführt. Ist es nicht so? Wie sonst kann man erklären, was passiert ist? Acht Jahre lang haben wir versucht, eine friedliche Lösung für dieses Problem zu erreichen. Acht Jahre!

Ein ehemaliger Kanzler sagte mir einmal: „Wissen Sie, im Kosovo haben wir ja damals gehandelt, die NATO hat ohne Beschluss des Sicherheitsrats gehandelt.“ Aber dort, im Kosovo, wurde acht Jahre lang Blut vergossen.“ Und wenn im Donbass das Blut des russischen Volkes vergossen wurde, ist das dann nicht Blut, sondern Wasser, oder was? Niemand wollte darüber nachdenken oder es bemerken.

Mussten wir am Ende tun, wozu wir gezwungen waren, als die damaligen Behörden in der Ukraine erklärten, dass ihnen kein einziger Punkt der Minsker Vereinbarungen gefiele, und der Außenminister sagte, wir würden uns nicht daranhalten?

Verstehen Sie, dass in diesen Gebieten sowohl der wirtschaftliche als auch der soziale Verfall begonnen hat? Acht Jahre. Ich spreche nicht einmal von Morden, ständigen Morden an Menschen: Frauen, Kindern und so weiter.

Wozu wurden wir gezwungen? Wir waren gezwungen, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen. Wir haben ihre Unabhängigkeit fast acht Jahre lang nicht anerkannt. Alle warteten darauf, dass wir uns friedlich einigen und dieses Problem lösen konnten. Acht Jahre! Wozu wurden wir gezwungen, als sie ankündigten, dass niemand Friedensabkommen umsetzen würde?

Wir mussten versuchen, sie mit bewaffneten Mitteln dazu zu zwingen. Nun ja, wir haben diesen Krieg nicht begonnen. Der Krieg begann 2014 nach einem Staatsstreich und dem Versuch, diejenigen, die mit dem Staatsstreich nicht einverstanden waren, mit Waffen niederzuschlagen.

Und nun zu den Leuten, die internationale Ereignisse verfolgen, das internationale Recht. Was geschah als nächstes, was haben wir getan? Wir haben es acht Jahre lang nicht erkannt. Was haben wir getan, als wir erkannten, dass die Friedensvereinbarungen von Minsk nicht umgesetzt werden konnten? Ich bitte alle darum, dass wir die Unabhängigkeit dieser selbsternannten Republiken anerkennen. Könnten wir dies aus völkerrechtlicher Sicht tun oder nicht? Wie es in Artikel 1 der UN-

Charta heißt, könnten sie es. Dies ist das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung.

Und der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen hat eine Entscheidung getroffen (die auch auf dem Papier dargelegt ist), dass bei der Entscheidung über die Frage der Unabhängigkeit und Unabhängigkeit ein Territorium eines Landes, das eine solche Entscheidung trifft, nicht verpflichtet ist, bei den höheren Behörden Berufung einzulegen dieses Staates. All dies geschah im Zusammenhang mit dem Kosovo. Aber es gibt eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs, dort steht geschrieben:

Wenn ein Territorium sich für die Unabhängigkeit entschieden hat, ist es nicht verpflichtet, bei der Hauptstadt die Erlaubnis zur Ausübung dieses Rechts zu beantragen.

Aber wenn dem so ist, und das steht in der Entscheidung des UN-Gerichts, dann hätten diese damals nicht anerkannten Republiken – Donezk und Lugansk – das Recht dazu.

Sie haben das getan, und dann hatten wir das Recht, diese Republiken anzuerkennen?

Natürlich taten sie das. Nun, was ist damit? Wir haben sie anerkannt. Dann haben wir mit ihnen eine Vereinbarung getroffen. Könnten wir mit ihnen eine Vereinbarung treffen oder nicht? Ja natürlich. Der Vertrag sah vor, diesen Staaten im Falle einer Aggression Hilfe zu leisten. Aber Kiew führte einen Krieg gegen diese Staaten, was wir acht Jahre später erkannten. Acht Jahre.

Konnten wir sie anerkennen? Sie konnten. Und dann haben wir ihnen gemäß Artikel 51 der UN-Charta Hilfe geleistet. Wissen Sie, egal, was hier jemand sagt, ich habe Herrn Guterres dasselbe gesagt, genau diese Logik – Schritt für Schritt.

Wo liegt hier der Fehler? Wo liegen hier die Verstöße gegen das Völkerrecht? Aus völkerrechtlicher Sicht liegen solche Verstöße nicht vor.

Ja, dann hören wir die Antwort: Na ja, Sie haben trotzdem angegriffen. Wir haben nicht angegriffen, wir haben uns verteidigt, damit jeder es verstehen konnte. Und den ersten Schritt in Richtung Krieg machten diejenigen, die den blutigen, verfassungswidrigen Staatsstreich unterstützten.

M. Romanchik (übersetzt): Sie haben über den Nationalsozialismus gesprochen. Sie wissen, dass es in Deutschland eine Partei gibt, die neben anderen Parteien eine gewisse Besorgnis in der Öffentlichkeit hervorruft, die dieser Episode, diesem Abschnitt unserer Geschichte, von dem Sie gesprochen haben, unkritisch gegenübersteht – der „Alternative für Deutschland“.

Viele unterliegen aufgrund ihrer Äußerungen und Handlungen einer verfassungsrechtlichen Prüfung. Herr Chrupalla, der Co-Vorsitzende dieser Partei, war, wenn ich mich richtig erinnere, im Jahr 2020 in Moskau. Soweit

ich weiß, wurde er in die russische Botschaft in Berlin eingeladen.

Wie sehen Sie eine „Alternative für Deutschland“? Wie sehen Sie den Aufbau der Beziehung zwischen dieser Partei und Russland und zwischen Russland und dieser Partei?

V. Putin: Wissen Sie, trotz der Tatsache, dass der von Ihnen erwähnte Herr in Moskau war – ich glaube, ich habe mich sogar mit einem der Führer getroffen, ich weiß nicht einmal mehr, wer –, aber wir haben systematische Beziehungen zu Vertretern dieser Partei. Aber was ist dran an unserem Verständnis der Geschehnisse in der Bundesrepublik: Dort wird jeder alternative Standpunkt als staatsfeindlich wahrgenommen und aus irgendeinem Grund wird jeder sofort zu Agenten des Kremels erklärt. Aber wissen Sie, wenn eine politische Kraft die aktuelle Regierung kritisiert, dann gibt es in einer Demokratie wahrscheinlich keinen Grund, die Arbeit dieser politischen Kraft sofort als staatsfeindlich zu erklären und zu ihrer Schließung zu führen.

Soweit ich mich erinnere, wurde Hitler einmal nach einem erfolglosen Putsch in Bayern ins Gefängnis geschickt – seine Wertung stieg sofort und seine Flügel waren hinter ihm. Zuvor galt er nicht als nationaler Politiker, doch nach seiner Verhaftung wurde er einer. Wir sehen jedoch keine Anzeichen von Neonazismus in den Aktivitäten der Alternative für Deutschland. Wenn sich jemand für normale Beziehungen zu unserem Land, zu Russland ausspricht, unterstützen wir das nur. Aber wir entscheiden nicht, ob diese politische Kraft im Rahmen der Verfassung agiert oder nicht. Ich wiederhole es noch einmal: Wir sehen nichts, was uns beunruhigen könnte, wir sehen es nicht.

Wenn die aktuelle Regierung in der Position der Alternative für Deutschland eine Bedrohung für sich selbst sieht, wie sie sagen, das ist nicht unser Bier – das sind Fragen der Entwicklung der politischen Lage in der Bundesrepublik selbst.

Wissen Sie, ich möchte auf das zurückkommen, was ich gerade gesagt habe: Die „Alternative für Deutschland“ steht im Verdacht, Neonazi-Positionen zu vertreten, aber aus irgendeinem Grund sieht man in der Ukraine keine Menschen, die mit dem Nazi-Regime kollaboriert haben.

Das nennen wir Doppelmoral sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Wir werden mit jedem zusammenarbeiten, der mit Russland zusammenarbeiten möchte. Aber wir geben keine politischen Einschätzungen innerhalb Deutschlands ab – das ist Sache der politischen Instanzen selbst, des Verfassungsgerichts usw. Aber ich habe bereits gesagt, dass ich das Beispiel Hitlers angeführt habe. Wer im politischen Kampf unpolitische Mittel einsetzt, erreicht nicht das angestrebte Ergebnis.

Links, rechts, mittig, extrem, angepasst oder gar nichts? Eine Welt der Kästchen, Schubladen und Segmente

VON HEIDI SCHREIBER



Bild von © UnratedStudio auf Pixabay

Es ist eine alt vertraute und typisch deutsche Verhaltensweise.

Alles und Jedes nach bestimmten Ordnungskriterien einzustufen um es dann fein säuberlich in eine Schublade zu befördern. Wer einmal in einen solchen Kasten gelegt wird, hat kaum eine Aussicht, diesem zu tiefst verinnerlichten Ordnungszwang zu entkommen. Gesellschaftliche oder soziale Zuordnung von Menschen in kleine Gruppen macht es leichter, sich einen Überblick zu verschaffen.

Kästen sind leichter zu bedienen, deren Inhalt zu beherrschen und zu verwalten.

Gäbe es keine solche Zuordnung und würde nur der Einzelne in seiner Einzigartigkeit gesehen, wären wir ein Volk von freien und selbstbestimmten Menschen. Wir würden nicht in unseren Schubladen bleiben, sondern könnten ohne Stigma inhaltlich, unabhängig und respektvoll miteinander agieren.

Niemand würde dann vorschreiben, wer mit wem zusammenarbeiten darf, wer nicht dazu gehört, wer ausgeschlossen werden muss und wo die Schublade geschlossen wird.

Wir könnten gemeinsame Ziele formulieren, den Weg dahin zusammen beschreiben und unser Anliegen umsetzen.

Danach geht jeder wieder seinen eigenen (Parteien-) Weg, bis zur nächsten Gemeinsamkeit.

Durch ein solches Miteinander wäre es möglich, Politik im Sinne der Menschen zu gestalten, da deren Anliegen und Bedürfnisse aus unterschiedlichen Richtungen zu einer gemeinsamen Wahrnehmung führt und sich hieraus ein Auftrag zur Umsetzung ergibt, gleich eines Bürgerentscheides.

Ist das eine Utopie oder wäre das eine notwendige Reform unserer Gesellschaft mit deren veralteten und längst sklerotisierten Macht der alten Parteien?

Im Grunde erleben wir eine erstarrte Politik, die sich schon längst nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, sondern zum Selbstzweck verkommen ist, sich den Staat zur Beute gemacht hat.

Ihren Machterhalt sichern sie sich mit Hilfe der unzähligen Hofschränzen von Journalisten in den Konzernmedien, im ÖRR und durch die staatlich gut finanzierten NGOs.

Sowohl unsere ideologisierte Politik, wie auch die Medien können zu jeder Zeit die fein abgelegten Gruppen aus den Schubladen ziehen und diese, je nach politischem Bedarf zum "Teeren und Federn" in die Öffentlichkeit zerren.

Wen interessiert da noch die Wahrheit, wenn das Vergnügen der anderen damit befriedigt werden kann, dass diese ja in der richtigen und guten Schublade sitzen.

Jeden gegen jeden zu hetzen sichert Macht und Herrschaft.

Wer früher für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, sowie gegen Atomraketen auf die Straße ging, war ein Linker. Heute ist er ein Rechter oder Rechtsextremer.

Es lohnt sich nicht, auf derartige Dummheiten weiter einzugehen. Deutlich wird aber, dass es zwingend an der Zeit ist, das moderige System der Zuordnungen in "links, rechts, rechtsextrem usw." aufzubrechen.

Dieses ordnungspolitische Instrument ist nicht mehr zeitgemäß und zementiert nur

den Anspruch auf alleinige Herrschaft einer regierenden alten Kaste.

Viele Menschen ordnen sich mit Stolz unter "rechts oder links" ein, als ein Art Bekenntnis zu ihrem Lager und ihrer freien Meinung. Aber ist es nicht gerade diese Einordnung, die es den alten Parteien ermöglicht, auszugrenzen und zu stigmatisieren?

Ist meine Meinung weniger wert und wichtig, wenn ich sie nicht unter einer Zuordnung äußere? Ich verleugne mich und meinen Standort hierdurch ja nicht.

Was wäre, wenn zum Beispiel die AFD innovativ und offensiv die Position vertritt, dass sie eine freie bürgerliche Volkspartei ist, die allen Menschen offen steht?

Dadurch, dass sie sich selbst und trotzig selbstbewusst immer wieder "rechts" verortet, kann sie auch ungehindert diffamiert und diskreditiert werden.

Dies geschieht durch die subtile Anwendung eines potenzierten Narratives: "rechts ist gleich extrem und extrem ist gleich faschistisch". Die hiermit produzierte Dauerlüge wird von vielen Menschen nicht erkannt, da sie auf dieses Kästchenschema schon konditioniert sind und nichts mehr in Frage stellen.

Die inhaltliche und menschliche Hemmungslosigkeit bei der Diffamierung wird bis ins Absurde und bis zu einer versteckten Gewaltbereitschaft gegen Andersdenkende getrieben.

Dabei lässt sich heute gar nicht mehr eindeutig festlegen, was rechts oder links überhaupt beinhaltet. Es dient nur der

Ausgrenzung und Abschottung gegenüber Kritikern und möglichen Veränderungen. Und wo stehen eigentlich unser Altparteien von grün, gelb, schwarz und rot?

Wo stehen all diejenigen Politiker, die Andersdenkende so vortrefflich diffamieren, ausgrenzen und verfolgen, im Namen gegen Hass und Hetze.

Ist das etwa die Mitte oder links oder vielleicht doch eher rechts oder rechtsextrem?

Was meinen Sie? - Sie sind gar nichts und gleichzeitig alles, weil sie die Spielleiter sind und bestimmen, was in die Schubladen kommt. Selbsterklärend wird deutlich, wie absurd und irreführend diese ordnungspolitischen Spielchen sind.

Wenn dies alles keine Rolle mehr spielen würde, könnte man sich viel freier und engagierter den gesellschaftlichen Aufgaben widmen. Letztlich geht es nicht um Zuordnungen, sondern um Inhalte, und deren Bekenntnis dazu. Brandmauern ergäben dann keine Sinn, weil sich alle parteiübergreifend auf gemeinsame Inhalte konzentrieren würden.

Es ist längst überfällig, alte Muster aufzulösen und Neues zu denken. Das könnte dann wirklich Politik im Sinne der Menschen sein und nicht mehr dem eigenen und selbstsüchtigen Machterhalt dienen. Auflösen und ändern können es nur die Menschen selbst, indem sie nicht mehr bereit sind, sich in Schubladen stecken zu lassen, sondern auch mal ihre Nase in eine andere Lade stecken und sich dann selbstbewusst auf den Schrank stellen.

Hollywood-Gesellschaft

VON FELIX HERMANN

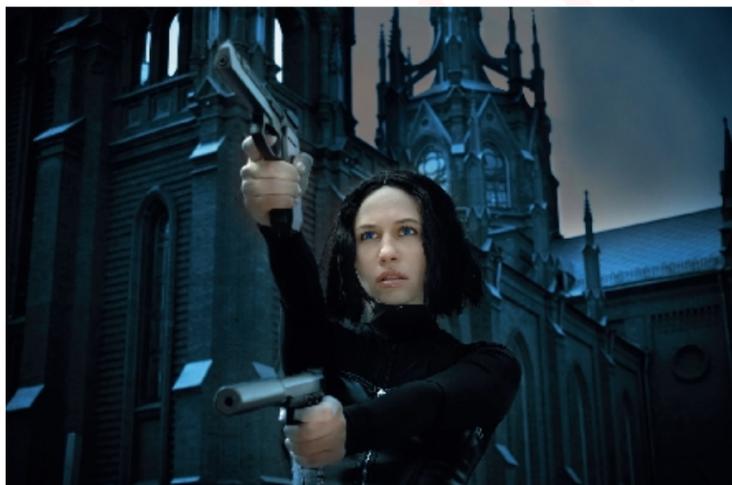


Bild von © Victoria auf Pixabay

„Hasta la vista, Baby!“ raunt Arnold Schwarzenegger als Terminator, bevor er den bösen Cyberschurken mit einer großkalibrigen Knarre endgültig den Garaus macht. In diesem Muster sind viele Hollywoodstreifen gedreht, die

einen Großteil unserer Unterhaltungskultur ausmachen.

Natürlich rümpft der selbstbewusste, nicht zu beeinflussende und über den Dingen stehende deutsche Zuschauer die Nase über Kritik bezüglich einer

negativen Beeinflussung der Gesellschaft.

Nur, um dann alleine zu Hause sein Kind Kevin zu nennen.

Geschichten, Mythen und Helden wirken heute wie eh und je. 88% des weltweit größten Umsatzes spielten die USA 2017 laut Wikipedia mit ihren nationalen Produktionen ein. Deutschland dagegen nur 26%.

Eine Bundesstudie sieht für den privaten TV-Bereich den außereuropäischen Anteil 2013 sogar bei 81% und den nationalen nur bei 7%. Ernsthaft ist nicht zu leugnen, dass Hollywood einen tiefgreifenden Einfluss auf unsere Kultur ausübt. Dass dieser Einfluss mit „global“ oder „multikulturell“ betitelt wird, kann diese Tatsache nicht verdecken. Dabei ist es nur zum Teil die mangelnde kulturelle Eigenständigkeit, die hier

kritisiert wird. Vielmehr sind es die archaischen Lösungsansätze. Gutausschender Held, m. w. d., metzelt hässlichen Bösewicht, dieser gerne auch mit Ähnlichkeit zu konkreten Konkurrenten wie Russland, China aber auch Deutschland. Und dieser Problemlösungsansatz hat erschreckende Ähnlichkeit zur realen Politik Washingtons.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatte Washington die Chance, eine Weltstruktur zu schaffen, in der die US-Amerikaner als herausgehobener Partner den Interessenausgleich freier Nationen organisieren.

Statt dessen wurde der Weg einer wirtschaftlichen und militärischen Dominanz eingeschlagen, der anderen Nationen Angebote macht, die sie nicht ablehnen können und so zum Beispiel „bis zum letzten Ukrainer kämpfen lässt“.

Hauptsache schwarz!

Grüner Rassismus der multikulturellen Gesellschaft.

VON FELIX HERMANN

Im Rahmen des US-Wahlkampfes habe ich mich an die Äußerung eines Bekannten zur Wahl Obamas erinnert. In einer Diskussion, in der er Obamas Wahl engagiert befürwortete, fragte ich ihn, was denn die politischen Positionen wären, die ihn zu dieser Schlussfolgerung brächten.

Seine Antwort war: „Das ist doch egal. Hauptsache er ist schwarz!“ Die Szene beschreibt auch die heutige Situation sehr genau. Inhaltliche Argumente spielen keine Rolle mehr.

Wichtig ist die (ethnische) Gruppenzugehörigkeit, nur eben entgegengesetzt zu jener des Braunen Sozialismus.

Das betrifft nicht nur den jetzigen amerikanischen Wahlkampf, sondern auch viele gesellschaftliche Aspekte in Deutschland.

Schrecken ohne Ende?

VON CRISTINA EULER



Bild von © Pexels auf Pixabay

In den letzten Jahren werden wir fast täglich von neuen Meldungen überschwemmt, die uns erschrecken (sollen), egal wohin wir gehen. Internet, Zeitungen, soziale Netzwerke und Fernsehen bombardieren uns mit Schlagworten aller Art wie Klimawandel, Pandemie, Co-Ausstoß, Messerstecherei, Migrantenschwemme, Flutkatastrophe und vieles mehr. Sogar Fernsehfilme und Serien

greifen diese Themen inzwischen auf, in der Hoffnung die Menschen bis in die intimsten Winkel ihres Lebens noch verfolgen, beeindrucken und erziehen zu können, von der Werbung ganz zu schweigen.

Da hilft nur eins - abschalten, Stecker ziehen und den Fokus auf reale Werte richten anstelle der ideologischen Luftschlösser.

Früher sagte man scherzhaft: Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende...

Und dieser „Schrecken ohne Ende“ wird offenbar von gewissen Personen aus Politik, Pharmazie und Industrie fleißig gefüttert und verstärkt, um den Bürger wie eine Marionette nach eigenem Gutdünken tanzen zu lassen - und ihn nebenbei noch gründlich auszunehmen. Das alles, ohne im Geringsten ein schlechtes Gewissen zu haben!

Viele Menschen schaffen es tatsächlich nicht sich diesen Schreckensmeldungen zu entziehen, sie geraten in Gedankenkreisen, fühlen sich hilflos und erwarten, dass jeden Moment etwas Furchtbares passieren könnte. Das zehrt sowohl an den Nerven als auch an der körperlichen Gesundheit.

Noch dazu macht es anfällig: nicht nur, weil dadurch auch das Immunsystem beeinflusst wird, sondern weil jeder Strohalm, der von Politik und Medien als

Heilsbringer propagiert wird, von allzu vielen rasch und bereitwillig ergriffen wird. Mit verheerenden Folgen, wie die letzten Jahre gezeigt haben.

Was also tun, wenn mir die Ideen ausgehen, die Schatten um mich herum anwachsen und mich zu erdrücken scheinen?

Ein Blick in die Bibel kann hilfreich sein, die Worte gelten damals wie heute, für Dich und für mich: „Solches habe ich mit euch geredet, daß ihr in mir Frieden habet. In der Welt habt ihr Angst; aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden.“ (Johannes 16,33) Jesus kennt die Schrecken der Welt, er hat der Versuchung durch den Satan widerstanden (Lukas 4, 1-13), Anfeindungen und Gewalt erlebt (Matthäus 26, 66.68) und hat am Kreuz, für eine Weile von Gott verlassen, vollkommene Ohnmacht, Schmerz und Tod erlitten - für uns, für Dich, für mich. Nun, da er den Tod überwunden hat, schenkt er uns seinen Frieden und die Gewißheit, daß

er uns nicht verlassen wird (Hebräer 13, 5-6), sondern auch in Schmerz und Not bei uns sein wird und einen Weg für uns bereitet hat.

Tauche ein in seinen Frieden, laß die Ängste los, die Dich bedrängen und wie Gewichte auf Deiner Seele liege. Geh Deinen Weg mit Jesus und vertraue ihm. Er wartet auf Dich!

Der Herr ist mein Hirte, mir wird nichts mangeln. Er weidet mich auf einer grünen Aue und führet mich zum frischen Wasser.

Er erquicket meine Seele.

Er führet mich auf rechter Straße, um seines Namens willen.

Und ob ich schon wanderte im finsternen Tal, fürchte ich kein Unglück, denn Du bist bei mir, Dein Stecken und Stab trösten mich. Du bereitest vor mir einen Tisch im Angesicht meiner Feinde, Du salbest mein Haupt mit Öl und schenkest mir voll ein. Gutes uns Barmherzigkeit werden mir folgen mein Leben lang und ich werde bleiben im Hause des Herrn immerdar. (Psalm 23)

Zur Bewertung der britischen Gewaltausbrüche in der Presse

VON PETER BERGHOF

Was ich bei vielen Bewertungen über gesellschaftliche Zustände kritisiere, ist, dass sie vorgeben, aus einer wissenschaftlichen Metaebene heraus zu argumentieren, dieses aber tatsächlich aus einem westlichen Wertesystem erfolgt, das ausschließlich auf das Individuum als Bewertungsgrundlage fixiert ist.

Seit Tajfels „Theorie der sozialen Identität“ ist aber belegt, dass die Gruppenbildung von Menschen

eine fundamentale gesellschaftliche Kraft ist.

Diese Gruppen bilden eigene Interessen und Regeln des Zusammenlebens, also auf gesellschaftlicher Ebene ein eigenes Wertesystem (>Judikative, Legislative, Exekutive).

Dieses bei der Bewertung zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen zu missachten, heißt, reale Einflussfaktoren zu

ignorieren. Bei der aktuellen westlichen Ideologie eines Strukturellen Rassismus, der Weiße per Geburt als Rassisten und damit als zu Unterdrückende betrachtet, ist außerdem der ethnische Aspekt eine starke Komponente derzeitiger Politik, die in der Bewertung realer Geschehnisse nicht außer Acht gelassen werden darf.

Zuletzt ist die aktuelle Methode der sozialkonstruktivistischen

Erschaffung von Wirklichkeit durch Kommunikation zu berücksichtigen, als deren Folge die abweichende Verwendung von Worten und Informationen zur vorgegebenen Doktrin eine fundamentale Sanktionierung zur Folge haben muss.

Das begründet die Missachtung von Unparteilichkeit und Gleichbehandlungsgrundsatz in Presse und Justiz.

Wir leben also bei weitem nicht in

einer Situation, in der „alle Individuen gleich sind“ und gleichbehandelt werden.

Stattdessen handelt es sich um ein dynamisches Mosaik unterschiedlicher Gruppeninteressen.

Das muss bei der Darstellung von gesellschaftlichen Zuständen berücksichtigt werden, eben auch bei der Eskalation von Gewalt in einer multiethnischen Gesellschaft.

„Die digitale Bevormundung“

Eine Rezension zum neusten Buch von Joachim Nikolaus Steinhöfel

VON NATHALIE WAGNER



Seit dem 21.05.2024 ist das neuste Buch des Rechtsanwalts und Autors Joachim N. Steinhöfel mit dem Titel „Die digitale Bevormundung“ erschienen.

Der Hamburger Rechtsanwalt hat sich auf Rechtsbrüche in der digitalen Welt, begangen durch die Giganten der Social-Media-Kanäle, wie Facebook, Meta, Instagram und X, spezialisiert. Dabei ist er ein sehr erfolgreicher Hüter und Retter der

Meinungsfreiheit. Zu seinen Klienten gehören Dr. Alice Weidel, Julian Reichelt, Henryk M. Broder, Niki Lotz und viele andere prominente und weniger bekannte Personen. Prozessieren kostet bekanntlich viel Geld. Für weniger betuchte Klienten hat Steinhöfel sogar einen Fond gegründet, aus dem die Prozesskosten beglichen werden können.

Auch wenn man kein Freund der digitalen Welt ist, kann man dem absolut humorvoll - eine Kunst bei so viel trockener Juristenmaterie - verfassten Werk sehr viele interessante wie wichtige Informationen entnehmen, denn die Digitalisierung des Alltags trifft irgendwann jeden von uns.

Wer kommentiert oder produziert denn nicht gern Beiträge zur eigenen Meinungsäußerung im Internet?

Wer hat sich nicht schon einmal

oder mehrfach über Sperrungen seines Kanals geärgert, weil er gar nicht verstanden hat, was an seiner Äußerung löschungswürdig war? Wer macht das und dürfen die das überhaupt?

Der gesellige und humorvolle Rheinländer würde staunen: Dat dat dat darf!

Die Antworten auf diese Fragen liefert der trockene und humorvolle Hanseat Steinhöfel:

Die Stoßrichtung von Meta und Konsorten ist, die Hoheit über den Meinungskorridor zu gewinnen als „neue Form des informationellen Kapitalismus“, der zum Ziel hat, „menschliches Verhalten vorherzusagen und zu modifizieren, um Einnahmen und Marktherrschaft zu produzieren“.

Das alles firmiert unter „Überwachungskapitalismus“, Daten bringen Geld, das neue Gold.

Wir alle wissen oder ahnen, dass Apple, Amazon, Google, Meta,

Microsoft enormen Reichtum für sich geschaffen haben. Wenn wir uns nicht wehren, läuft das alles darüber hinaus auf die Zerstörung der Privatsphäre, den Aufstieg der Desinformation und den Kampf um die Grundprinzipien der sozialen Ordnung zu, denn die o.g. Giganten entscheiden darüber, „was gesagt werden darf und was nicht“.

Es geht ihnen um Macht und Untergrabung der politischen Selbstbestimmung von Individuen und auch Staaten, denn Meta z.B. hat den Firmensitz in Irland, einem Staat im anglo-amerikanischen Staatenverbund. Ein Schelm, wer Böses denkt!

Leider spielen einige Richter hier in Deutschland bei all diesem Umstand ein unrühmliches Spiel. Steinhöfel geht auch mutig mit diesen namentlich hart ins Gericht.

Er stellt auch in Bezug auf das

„Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ in seinen Worten deutlich klar, dass das ein „verfassungswidriger Rohrkrepierer“ sei.

Er entlarvt Angela Merkel, die sich als Vorläuferin dieser rechtswidrigen Entwicklung bereits während ihrer Regierungszeit derart äußerte, dass „es keine Meinungsfreiheit zum Nulltarif“ gebe.

Vor Merkel hatte sogar schon Konrad Adenauer versucht, ein „Staatsfernsehen“ einzurichten.

Wer sich darüber hinaus noch einmal kurz informieren will, wie (negativ) „durchsetzt“ eine Regierung sein kann, der schaue sich Friedrich Dürrenmatts Verfilmung von „Die Ehe des Herrn Mississippi“ an.

Da fällt irgendwann der Satz „Der Minister braucht eine Revolution, weil er Präsident bleiben will“.

Buch ISBN: 978 - 3-95972-570-5

Super, Deutschland schafft sich ab!

VON ERICH SIEBERT

Das ist der Titel über einer Kolumne der taz, dem linken Hetzblatt, welches für die Deutschen Bürger schreibt, die es hasst.

Und weiter geht es mit:

BERLIN taz | Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Und dann:
Noch erfreulicher: Die Oassis

schaffen sich als Erste ab.

Oder das:
Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite.

Der Autor ist Deniz Yücel, angeblich Journalist.

Vom 27. Februar 2017 bis zum 16. Februar 2018 befand sich Yücel als Türkei-Korrespondent wegen Terrorpropaganda in türkischer Untersuchungshaft.

In Deutschland gab es viele Solidaritätskundgebungen, um diesen Ausnahmejournalisten so rasch wie möglich wieder nach

Deutschland zu holen, damit er seine entzückenden Artikel wieder schreiben kann.

Wie armselig muss es im Inneren eines solchen hasserfüllten Menschen aussehen? Eine bedauernswerte Kreatur, die Hass auf andere zum Beruf gemacht hat.

Nun kann man ja sagen, er ist ein einzelner Verrückter. Aber es gibt auch noch Leute in Deutschland, und zwar Deutsche, die dieses Blatt kaufen, und für die eigene Beschimpfung noch bezahlen. Das verstehe wer mag, im Rest der Welt gibt es so etwas nicht.

„Stalingrad“ – Nur ein Roman?

VON LÄTTITIA CAPUCCI

Das Mahnmal des Autors Theodor Plievier von 1947 an uns

Der Kommunist und ehemalige Soldat Theodor Plievier hatte 1947 in einem Zeitungsroman, erschienen im Rowohlt-Verlag für 1,50 Mark und mit einer Auflage von 100.000, die Schreckenserlebnisse von Teilen der deutschen Wehrmacht im zermürbenden Krieg in Russland schildern wollen. Er hatte damit für die Nachwelt die traumatisierenden Erfahrungen der allermeisten deutschen Soldaten im Kessel von Stalingrad im Winter von 1943/1944 bei Temperaturen von bis zu minus 30 Grad festgehalten.

Da der Autor selbst Kommunist war, hatte er von Stalin die Erlaubnis erhalten, deutsche Soldaten in russischer Gefangenschaft über ihren Einsatz in der 6. Armee von General Paulus in Stalingrad zu interviewen. Selbstverständlich lässt er dabei die Rote Armee gut aussehen und die Wehrmacht schlecht. Doch ist dieser Roman dennoch – leider muss man aktuell sagen wieder – ein Mahnmal für uns. So sollte es sein, besonders vor dem Hintergrund des „Nie wieder!“.

Kältetod, Berge gefrorener Leichen von Soldaten, Ruhr, Verlausung, Verrohung, Verstümmelung, Verzweiflung, Verwundung, Blut, Verbrechen, Verhängnis dunkler Mächte, ein ganzes Volk in die Irre geführt, Vernichtung hoffnungsvoller Leben, Vernichtung hoffnungsvollen Heldenmuts und Sinnlosigkeit sind die Eindrücke nach der Lektüre von „Stalingrad“.

Wer es nicht lesen will, kann es in gleichnamigen Verfilmungen sehen, es gibt derer zur Genüge – nur Vorsicht, die Bilder bekommt man nicht mehr so leicht aus dem Kopf. Jedoch Bürger und Politiker, die noch nie in einem Schützen-graben gestanden haben – und wenn es auch nur in den Sommermonaten gewesen wäre –, stellen sich heute hin und „fachsimpeln“ darüber, wie die Ukrainer ihren Krieg gewinnen werden. Aber was soll auch anderes dabei herauskommen mit einer Außenministerin, die salopp über die Schulter hinweg Russland den Krieg erklärt?

Bürger und Politiker, die noch nie Erfrierungen erlitten haben – und wenn auch nur im Skiurlaub, fordern, dass der Rest der Welt militärisch gegen Russland

vorgehen sollte. Bürger und Politiker, die noch nie kurz vor dem Hungertod standen, verlangen den maximalen Einsatz einer „siegfähigen Bundeswehr“ im Russland-Ukraine-Krieg, obwohl das nicht ihr Krieg ist. Bürger und Politiker wollen deutsche Soldaten in den Krieg schicken, aber ohne ihre eigenen Söhne und Töchter. Der Wahnsinn allerdings, der aus solchen Äußerungen und Forderungen heute spricht, war schon derselbe Wahnsinn im damaligen Befehl Hitlers, der seinen Generälen den Sieg befahl, nachdem sie vergeblich versucht hatten, ihm spätestens 1944 die Ausweglosigkeit dieses militärischen Unterfangens bei Stalingrad zu erläutern und auf Rückzug drängten.

Die Generäle wollten nichts anderes als ihre Soldaten retten, für die sie schließlich auch Verantwortung trugen, aber sich ergeben war keine Option – genauso wenig wie für die Soldaten in der Ukraine, ob russische oder ukrainische. Das was sich aktuell an jedem einzelnen Tag im Osten der Ukraine abspielt – das ganze sinnlose Sterben – ist Stalingrad, nur ohne Schnee!!!

Eiszeit

Gabriele Krone-Schmalz

über die Dämonisierung Russlands

VON BORIS WOLKOW



Interview mit Tucker Carlson, dass nämlich Russland der NATO als potentieller Partner die Hand gereicht hatte, die die NATO in ihrer Überheblichkeit nicht ergriffen hat, weil sie – und ihre Vasallenstaaten, zu denen auch Deutschland gehört – knall hart nur ihre Interessen verfolgt und für umzusetzen erachtet:

Militärstützpunkte in Polen, Tschechien, Rumänien, Georgien, Ukraine.

Im vergangenen Jahr erschien Krone-Schmalz' Analyse zur Entstehung der erneuten Eiszeit zwischen dem Westen und Russland in zweiter Auflage.

Die Autorin bemüht sich, möglichst neutral darzustellen, wie es zwischen NATO und Russland zu der jetzigen angespannten Situation bzw. der Eiszeit gekommen ist.

Dabei greift sie stellenweise auf ältere Texte aus 2017 zurück, deren Informationsgehalt zum Teil bereits überholt ist.

Das ist schade und man muss dann als Leser in der Sache bewandert sein, um auf den Status Quo aufzuschließen.

Was aber sehr gut in ihrer erweiterten und (manchmal nicht so ganz) aktualisierten Neuauflage gelungen ist, ist die detaillierte, chronologische Beschreibung des Endes der Sowjetunion vor über 30 Jahren mit allen Auswirkungen national und international, der scheinbaren Annäherung der Machtblöcke und des einseitigen Vorgehens der NATO, sprich der USA, mit dem sich Russland, das auf Augenhöhe behandelt werden will, nicht einverstanden erklären kann.

Im Grunde genommen bekommt man als Leser die Bestätigung der Aussagen Putins beim

Man braucht dann nicht mehr viel Fantasie, um zu erkennen, dass die NATO dabei ist, Russland zu umzingeln.

Auch andere Autoren, wie Petra Erler und Günter Verheugen beschreiben in ihrem aktuellen Buch

„Der lange Weg zum Krieg“ (2024) die Ereignisse, die dazu geführt haben, dass eine Eskalation zwischen den Machtblöcken stattfindet, statt eine notwendige Entspannung.

Aber alles das interessiert die NATO offensichtlich nicht.

Sie machen weiter. Russland hat dabei schon immer, vielleicht auch wie in einer Obsession, betont, dass ihm die eigene Sicherheit sehr wichtig ist.

Krone Schmalz stellt Fragen, beseitigt Informations-schieflagen durch die einseitig gefärbte Informationsunkultur hierzulande und kommt zu dem Schluss, dass der Krieg hätte verhindert werden können.

Die NATO spielt in diesem ganzen Konflikt die unrühmlichste Rolle. Für die Leser, die diese Fehlentwicklungen schwarz auf weiß beschrieben haben wollen und ein Nachschlagewerk für spätere Zeiten brauchen, damit sie nachlesen können, was die Wahrheit ist, ist dieses Buch „Eiszeit“ ein Muss.

Buch ISBN: 978-3-86489 – 429-9

Ist eine alternative Gewerkschaft notwendig?

VON FELIX HERMANN



Die Rechte der Arbeitnehmer zu vertreten, das ist die Aufgabe von Gewerkschaften, Über Art. 9 Abs. 3 ist es in Deutschland über die Koalitionsfreiheit sogar im Grundgesetz verankert.

Es ist aber auch über das Tarifvertragsgesetz fest in das gesellschaftliche Gefüge eingebunden.

Diese Funktion wird lt. KI-Anfrage

durch „eine Vielzahl“ von Gewerkschaften wahrgenommen. Die genaue Anzahl verweigert die KI und verweist dafür auf die „IG Metall, ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft und die GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)“ also jene, die besonders stark auf der politischen linken bzw. sozialistischen Seite aktiv sind. Traue somit niemals

der KI! Auch Wikipedia sieht eine zunehmende Bedeutung in der politischen und institutionellen Vertretung, also außerhalb ihrer eigentlichen Aufgabe.

Dieser Anspruch machte sich während der Corona-Krise durch uneingeschränkte Unterstützung der ungerechtfertigten Grundrechtseinschränkungen besonders negativ bemerkbar.

Auch die Verweigerung der Unterstützung von politisch missliebigen Mitgliedern, meist im Kampf gegen rechts, lässt die ideologische Ausrichtung erkennen. Damit verwirken die

etablierten Gewerkschaften aber auch ihre gesellschaftliche Existenzberechtigung.

Es ist also definitiv Zeit für neue Gewerkschaften!

Ist die Zentrum-Gewerkschaft.de solch eine Alternative? Als Teilnehmer der Querdenker-Demo am 03.08.2024 in Berlin setzt sie diesbezüglich jedenfalls ein Ausrufezeichen.

Auf ihrer Webseite nimmt sie unter Anderem kritisch Stellung zur aktuellen Wirtschaftspolitik und dem Filz bei Betriebsräten. Das übergeordnete Ziel, so wurde

es im direkten Gespräch mitgeteilt, ist die Lösung konkreter individueller Probleme, nicht nur am Arbeitsplatz.

Also ja, für Menschen, die auf der Suche nach einer Arbeitnehmervertretung abseits der sozialistischen Einheitsgewerkschaften sind, ist sie eine mögliche Anlaufstelle.

Kontakt:
Tel: 0159 03898420
Mail: kontakt@zentrum-gewerkschaft.de
Web: www.zentrum-gewerkschaft.de

08 | Wirtschaft

Bürger in Not

VON GEORG KLEIN



Bild von © Wilfried Pohnke auf Pixabay

Der „Heizungshammer“ war eines der Gesetze aus dem Hause Habeck, welches helfen soll, die Welt zu retten.

Nach vielem Hin und Her wurde der Bürger animiert, Wärmepumpen zu kaufen, was einige Gutgläubige dann auch getan haben.

Aber bald kamen die Zweifel an

der Sinnhaftigkeit des Gesetzes auf, weil es nicht nur um die Art der Heizung ging, sondern viele Häuser von Grund auf saniert werden müssten, um das neue Gesetz einzuhalten.

Da steht der Bürger nun mit leeren Kassen da und weiß nicht, was er tun soll.

Die leere Kasse ist ein Fakt, über

den er nicht hinwegkommt, welchen der Gesetzgeber aber nicht bedacht hat.

Was macht nun der arme Bürger? – Nichts.

Es ist sinnlos, eine Wärmepumpe für ein Haus zu kaufen, welches mit 100.000 Euro saniert werden müsste, die er nicht hat.

Die Folge haben wir gesehen, die Presse ist erstaunt, dass der Absatz an Wärmepumpen stark zurück geht.

Mit dem „Wärmeplanungsgesetz“ muss sich der arme Bürger noch nicht herumschlagen. Da müssen erst die Kommunen ran, die aber Wärme verteilen sollen, die es nicht gibt.

Gut, da gibt es eine „Wasserstoffstrategie“ der Bundesregierung, aber eben nur eine Strategie und keinen Wasserstoff. Aber es werden

schon Milliarden in ein „Kernnetz“ investiert, vom Staat natürlich.

Der Wasserstoff wird schon kommen, aber woher? Elektroautos sind der neueste Schrei! Der visionäre Wirtschaftsminister plant bis 2030 (das ist in 5 1/2 Jahren) 50% Elektroautos auf deutschen Straßen. Es gibt kaum Lademöglichkeiten, die Reichweite dieser Fahrzeuge ist mangelhaft, deshalb kriechen die E-Autofahrer auf der rechten Spur mit 100 km/h maximal, weil sie noch nach Hause kommen möchten.

Der Absatz an Elektroautos bricht ein, weil die Fahrer neben diesen Nachteilen merken, dass sie ihren Gebrauchten nicht mehr loswerden.

Nun ist dem Verkehrsminister aufgefallen, dass nach EU-Rechtslage Millionen Diesel- und Benzinautos die baldige Stille droht.

Aber niemand handelt, die CDU ist gelähmt, weil dieses Gesetz von deren gerade wieder gewählter Von der Leyen ausgeht. Die weiteren Regierungsparteien auch, weil sie ja dieses Chaos mit angerichtet haben. Nun haben wir eine interessante Pattsituation.

Die Regierung und die CDU tun nichts. Und der Bürger weiß nicht, was er tun soll und tut deshalb auch nichts. Es wird sehr, sehr schwer für die Regierenden, die Bürger für ihr Nichtstun zu bestrafen.

Deshalb werden die Bürger gewinnen. Also nur diese Auseinandersetzung, denn die Bürger werden auch etwas verlieren.

Ihren Wohlstand nämlich, soweit sie noch einen haben. Denn die Grundlagen dafür verschwinden auch in Windeseile. Die Autoindustrie, die Zulieferer, die Chemische Industrie, die Schwerindustrie und noch viele andere.

Saudi-Arabien droht EU-Staaten

VON GEORG KLEIN



Bild von © tarcisioefbarbosa0 auf Pixabay

Im Mai hat die EU eine Initiative gebilligt, die Gewinne und Zinsen aus beschlagnahmten russischen Vermögenswerten zur militärischen Unterstützung der Ukraine zu verwenden.

Laut Bloomberg [1] hat das saudiarabische Finanzministerium nun diskret seine Kritik gegen-

über einigen EU-Staaten zum Ausdruck gebracht und mögliche Konsequenzen angedeutet.

Insbesondere verwiesen die Saudis auf Schuldtitel, die vom französischen Finanzministerium ausgegeben wurden, und signalisierten damit ihr potenzielles Druckmittel auf europäische Finanzmärkte.

Ein Großteil der 300 Milliarden Dollar an eingefrorenen russischen Vermögenswerten wird in Ländern wie Frankreich, Deutschland und Belgien gehalten.

Diese Nachricht unterstreicht das Potenzial für erhebliche Marktstörungen, sollte Saudi-

Arabien seine Drohung wahr machen. Die Renditeabstände französischer Anleihen gegenüber Deutschland haben sich nach diesen Diskussionen erheblich ausgeweitet, was darauf hindeutet, dass allein die Drohung der Saudis bereits Auswirkungen auf den Markt hatte.

Dies trifft Frankreich zu einer besonders ungünstigen Zeit, da nach den Wahlen die Wirtschaft in Aufruhr ist und viele Unternehmen Frankreich verlassen wollen.

Bloombergs Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Haltung Saudi-Arabiens seine wachsende

Bedeutung auf der globalen Bühne widerspiegelt und die Herausforderungen aufzeigt, denen sich die G-7 bei der Sicherung der Unterstützung der Länder des Globalen Südens für die Ukraine gegenübersehen.

Diese Situation erinnert an das Jahr 2016, als Saudi-Arabien damit drohte, 750 Milliarden Dollar in US-Staatsanleihen zu liquidieren, während eines Streits mit dem damaligen Präsidenten Barack Obama über die Verantwortlichkeit für die Anschläge vom 11. September.

Die Drohung, die einen Absturz des Anleihenmarktes hätte

auslösen können, führte letztlich dazu, dass die Saudis ihre Hebelwirkung beibehielten.

Länder wie Saudi-Arabien besitzen nach wie vor erheblichen Einfluss durch ihre US-Schuldtitel, die sie zu liquidieren drohen können.

Die Strategie, den US-Dollar gegen Russland zu verwenden, hatte tiefgreifende und potenziell langanhaltende Auswirkungen.

[1] <https://www.bloomberg.com/news/articles/2024-07-09/saudi-arabia-veiled-threat-to-g7-over-russia-assets>

Deutschland, die kranke Frau Europas

VON GEORG KLEIN

Das amerikanische Wirtschaftsportal „Bloomberg“ schreibt:

Beim Bruttoinlandsprodukt erwartet die Bundesrepublik 2024 ein Wachstum von lediglich 0,1%.

Aber da die deutsche Wirtschaftsleistung 2023 gesunken ist, ist selbst diese marginale Prognose mehr Hoffnung als Realität.

Seit die aktuelle Bundesregierung im Amt ist, wiesen mehr als die Hälfte der BIP-Werte Stagnation oder Rückgang aus.

Diese desaströse Situation ist mit den Namen Scholz und Habeck verbunden. Laut Bloomberg ist Deutschland: „[...] ein Land,

welches jahrelang der Wachstumsmotor Europas war (und) zunehmend zum Ballast (wird).“

Dafür gibt es viele Gründe, die allesamt ein Ergebnis der aktuellen Politik sind.

Eine gescheiterte Energiewende, die bisher zu keiner Änderung des CO₂-Ausstoßes Deutschlands geführt hat, aber die höchsten Strompreise in Europa zur Folge hat, sodass die Verbraucher ächzen und die Industrie die Produktion zurückfährt oder abwandert.

Ein Rekord an Pleiten, weil die Zulieferindustrie keine Aufträge hat, und das Desaster bereits die

Grundstoffindustrie erreicht hat, wie die Krisen in der Chemie- und Stahlindustrie zeigen.

Es gibt keinerlei sichtbare Reaktionen der Bundesregierung auf diese alarmierenden Zahlen, sodass klar ist, dass Deutschland noch lange nicht die Talsohle erreicht hat.

Es werden fröhlich Unsummen an die Ukraine, die UNO, die EU und Entwicklungsländer wie China und Indien gezahlt, während die heimische Infrastruktur verfällt.

Der noch normale Bürger fragt sich, wie die weiteren Pläne der Bundesregierung sind.

Erstaunliches vom St. Petersburger Wirtschaftsforum

VON GEORG KLEIN

Am 27. Sankt Petersburger Wirtschaftsforum vom 5. bis 8. Juni 2024 nahmen 21.300 Personen aus Politik und Wirtschaft aus 139 Ländern teil, trotz der Sanktionspolitik gegenüber Russland auch viele Unternehmer aus westlichen Staaten, darunter aus den USA und der Europäischen Union, die es ja eigentlich boykottieren!?

Im Vorjahr waren es 17.000 Gäste aus 130 Ländern. Die Zeitung „Kommersant“ berichtet, dass Verträge über 67

Milliarden Euro abgeschlossen wurden. Gemäß amerikanischer Zolldaten war der Import russischer Waren im April 24 um 20% höher als im Vorjahresmonat.

Im Jahresvergleich stiegen sie um 37% auf 298 Millionen US\$. Vor allem Platin, Phosphate und Soja, aber auch wichtige Teile für Strahltriebwerke kauften die Amerikaner in Russland ein. So sieht Sanktionspolitik aus, und die Bürger werden für dumm verkauft.

Bodenverdichtung und -versiegelung führen zu Wärmeinseln, die das lokale Klima beeinflussen

VON DANIEL ZENZ

1. Wohin mit der vielen Sonnenwärme?

Die bodennahen Luftschichten werden durch die Sonne erwärmt. Die Energie, die sie dadurch aufgenommen haben, wird nun in Arbeit umgewandelt.

Die warme Luft ist leichter als die kalte, und die Gewichtsunterschied ist der Auftrieb, jene Kraft, die diese Luft nach oben drängt. Die geleistete Arbeit entspricht jener Kraft mal dem Weg, den sie nach oben zurücklegt.

$$\text{Arbeit} = \text{Kraft} \times \text{Weg}$$

Oben angekommen ist die Luft abgekühlt, und die geleistete Arbeit findet sich im Wind wieder. Wir haben es also mit einer klassischen Joule-Thompson-Maschine zu tun, einer Wärmekraftmaschine.

Dieser Joule-Thompson-Effekt kann noch gewaltig verstärkt

werden, wenn die Sonnenstrahlen am Boden Wasser verdampfen, welches als Wasserdampf dann mit den aufsteigenden Luftmassen nach oben transportiert wird.

Die spezifische Wärme von trockener Luft ist 1,005 kJ/kg·K. Schon die spezifische Wärme von wassergesättigter Luft ist um 2,5% höher als die von trockener. 1 Kubikmeter Luft wiegt 1,293 kg und kann gesättigt 23 g Wasser aufnehmen. Bei einer Verdampfungswärme des Wassers von 2257 kJ/kg haben 23g 52 kJ, also 50 mal mehr als die Luft.

Dieser Wasserdampf beteiligt sich ebenfalls am Auftrieb der erwärmten Luft und kühlt dabei ab, hat aber die Eigenschaft, dass das Wasser beim Abkühlen kondensiert und die Verdampfungswärme in großen Höhen wieder abgibt.

Dadurch wird eine große

Wärmemenge von der Erdoberfläche in große Höhen transportiert und der Boden gekühlt.

Die Wolken strahlen an ihrer Oberseite zusätzlich Wärme in den Weltraum ab.

Das kondensierte Wasser fällt dann als Regen wieder auf den Boden, um diesen Kreislauf erneut zu ermöglichen.

Auf diese Art wird also die Sonnenenergie in Arbeit umgewandelt.

Wir können sie als Windkraft nutzen und der Regen ermöglicht mit dem lebensnotwendigen CO2 unser Überleben.

2. Maßnahmen zur Verbesserung des Mikroklimas

Der menschliche Einfluss auf das Weltklima ist sehr begrenzt.

Anders ist dies beim Mikroklima, wo durch Versiegelungen des Bodens durch den Menschen das

natürliche Versickern und das Verdampfen des Regenwassers behindert wurde. Durch das Ableiten des Regenwassers in die Bäche und Flüsse fehlt die entsprechende Verdampfungskühlung, und die Orte wärmen sich lokal auf.

Schon in der Antike wurde dieser Effekt in warmen Weltgegenden städtebaulich berücksichtigt, indem die Gebäude so angelegt wurden, dass die Plätze davor möglichst schattig waren, um das Aufheizen des Bodens zu vermeiden.

Da die Korrektur dieser Fehlentwicklungen kurzfristig nicht möglich und nicht finanzierbar ist, soll bei Neubauten und Umbauten darauf geachtet werden, dass ein möglichst großer Anteil des Regenwassers örtlich versickern kann, und dass Maßnahmen getroffen werden, die Verdunstung des Regenwassers

zu maximieren. Heute schon beachten viele Gemeinden diesen Umstand, das Entstehen von „Schwammstädten“ [1] ist eine positive Entwicklung zur Verbesserung des lokalen Klimas.

Aber auch Pflasterungen und Asphalt in Innenstädten, die baulich nicht einfach veränderbar sind können durch einfache Mittel gekühlt werden.

Durch das Verspritzen von Wasser aus Spritzwagen an heißen Sommertagen können diese Bereiche stark abgekühlt werden.

Dadurch wird auch die trockene Luft angefeuchtet, und Staub gebunden, wodurch ein angenehmeres Klima entsteht.

Zusätzlich befördert man den natürlichen Kreislauf des Wassers.

[1] <https://www.bund-berlin.de/themen/stadtnatur/stadtwasser/schwammstadt>.

Klimamodelle

VON DANIEL ZENZ

Ein Modell ist dem Sinne nach ein „vereinfachtes Abbild“.

Wenn man Modelle von Gebäuden oder anderen Gegenständen öffnet, dann stellt man meistens fest, dass sie keinen Inhalt haben.

Das Klima der Erde hat so viele Einflussfaktoren, dass selbst die größten Supercomputer nicht reichen, um diese zu erfassen.

Und nur zu einem ganz geringen Anteil kennen wir die gegenseitigen Einflüsse und Abhängigkeiten.

Von den Modellierern wird deshalb die Erde in ein feines Netz, wo an jedem Knotenpunkt die CO2-Konzentration und die Sonneneinstrahlung vorgegeben werden, um die globale mittlere Temperatur zu berechnen.

Dass die Erdtemperatur und die O2-Konzentration in keiner

mathematischen Korrelation sind, zeigt Grafik 1.

Durch diese Vorgangsweise ist aber das Klima immer von der CO2-Konzentration abhängig, und das Ergebnis immer eine steigende Temperatur bei steigender CO2-Konzentration.

Ob diese Berechnungen richtig sind, kann nicht überprüft werden, die Klimamodelle sind nicht validiert, und daher ist der Fehler unbekannt.

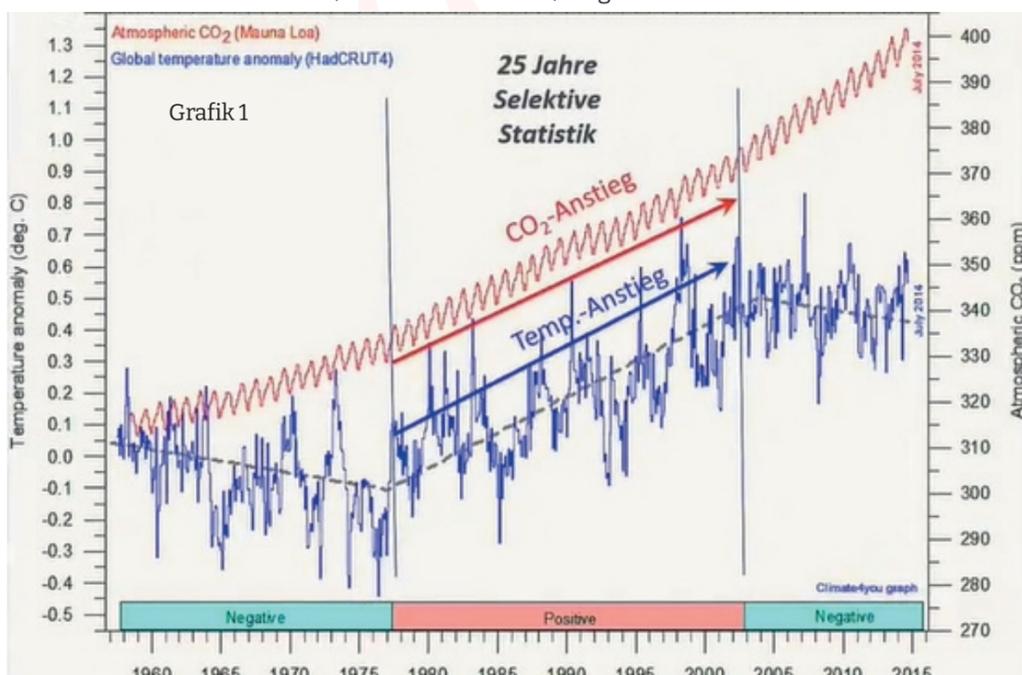
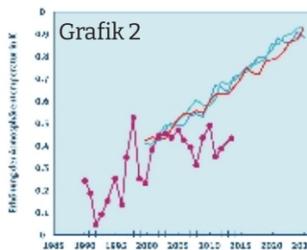
Konsequenterweise passen die Ergebnisse der Modelle auch mit der Realität nicht zusammen.

In Grafik 2 werden die drei Vorhersagen für die Erwärmung der Erdoberfläche des IPCC aus den Berichten 2 bis 4 (blau, rot und grün) mit tatsächlich gemessenen Werten bis 2013 (weinrot mit Punkten) verglichen.

Es ist also nicht überraschend, dass gemäß den Modellen die Erdtemperatur mit steigendem CO2-Gehalt der Atmosphäre ansteigt, wenn man das als mathematische Abhängigkeit vorgibt.

Quellen: http://www.ipcc.ch/publications_and_data/ar4/wg1/en/figure-ts-26.html

<https://politikstube.com/das-klima-kann-man-nicht-schuetzen-punkt-preradovic-mit-prof-dr-werner-kirstein/>



Das Ende einer Eiszeit führt zu einer natürlichen Erwärmung Es gibt keine „Klimakrise“

VON DANIEL ZENZ



Bild von © Avtar Kamani auf Pixabay

Die vergangenen Monate hatten verwunderlich, dass die Temperaturen im Rahmen der natürlichen Veränderungen steigen. eine Reihe von Temperaturrekorden gebracht, die oft und breit berichtet wurden.

Dazu gehört auch, dass das Jahr 2023 nach Einschätzung von Experten das global wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen werden dürfte.

Stand Ende Oktober lag die mittlere Temperatur Copernicus zufolge 1,43 Grad über dem vorindustriellen Durchschnitt. Die Erdtemperatur steigt und fällt seit Millionen Jahren.

Angesichts dessen, dass das als Vergleichswert herangezogene „vorindustrielle Niveau“ eine der kältesten Zeiten der letzten 10.000 Jahre markiert, ist es nicht

Blickt man noch weiter zurück, dann waren vor 20.000 Jahren die Temperaturen noch wesentlich niedriger; die Erde war praktisch unbewohnbar und der CO2-Gehalt der Atmosphäre so niedrig, dass Pflanzen ihr Wachstum einstellen.

Ganz abgesehen davon, dass Europa von einem 6.000 Meter dicken Eispanzer bedeckt war.

Damit wird letztendlich und eindeutig aufgezeigt, dass erst der „Klimawandel“ Europa überhaupt wieder bewohnbar machte.

10 | Leserbrief

Offener Brief an Sarah Wagenknecht



Bild von © Jürgen Scheffler auf Pixabay

Liebe Sarah Wagenknecht, mit Begeisterung habe ich deine Beiträge gehört und auch deinen Kanal abonniert. Es war alles so richtig und ehrlich, was du zu den Zuständen in unserem Land gesagt hast. Deine Klarheit und Unangreifbarkeit in diversen Talk Shows hat mich fasziniert. Niemand konnte dir rhetorisch das Wasser der Klarheit reichen. Du hast alle in Grund und Boden argumentiert. Immer mehr Menschen schreiben auf deinem Kanal, dass du eine Partei

lieb gewonnen und golden Flitter auf deine Auftritte gestreut. Dein Glanz soll sich auch auf den toten Schädeln und müden Gesichtern der Talkmaster widerspiegeln und an alte, ehrlichere Zeiten erinnern. Es gab da noch Frische und Leben und Innovation! Du hast es genossen, liebe Sarah, immer in der Mitte zu stehen und den Menschen zuzurufen: Ich, ich, ich bin die einzige kritische Stimme, der Rufer in einer Einheitswüste.

Neben mir ist nichts. Dann hat es dir nicht gereicht nur ein Buch zu schreiben, sondern auch eine Partei zu gründen, weil du ja den Menschen helfen willst. Das ist ein edles Motiv. Ja, und die Menschen sind dir nur so zugeströmt. Wozu noch eine untergehende Linke, wenn es eine aufgehende Linke gibt? Jetzt kannst du mit deinem glitzernen Feenstaub endlich Politik für die Menschen machen. Aber du musst aufpassen und die Spielregeln einhalten, denn sonst nimmt man dir deinen Zauber und verwandelt dich in eine Hexe auf einem braunen Besenstiel.

Das geht allen so, die nicht mitmachen wollen beim „bösen Zauberer“. Wer sich aber unterwirft, bleibt schön, auch wenn er hässlich ist. Nun hast du es geschafft, schön zu bleiben und musst dich dafür mit Mauern umgeben. Nein, du redest nicht mit Parteien, die über 30% der Menschen vertreten, denn dann ist der Zauber vorbei. Du willst Frieden, Freiheit, ein Ende des Krieges, den Migrationszustrom stoppen und und und. Dabei merkst du nicht, dass du an einer Kette hängst, die dich und die Deinen unfrei macht.

Jeder Deal hat seinen Preis. Mephisto kannte sich da gut aus. Der ist schlau und weiß genau, wie man es macht mit der vermeintlichen Macht. Ach komm, die Menschen sind dir doch pups egal, es gibt Höheres zu erreichen, den ganz, ganz großen Glanz! Ich bin traurig, denn du hast es nicht verstanden. Es geht doch nicht darum, woher man kommt, aus welcher Richtung, das gemeinsame Ziel ist entscheidend. Der Mensch gehört in den Mittelpunkt und nicht deine elende Taktiererei um den

Beteiligungskrümmlen an der Macht. Das ekelt die Menschen doch nur noch an. Wir sind doch nicht dumm. Nimm uns doch ernst. Ich und tausende Andere wollen freie Sicht und keine Mauern, Politik für uns und keine Machtspielchen. Wir wollen einen Aufbruch, eine Veränderung und du verkaufst deine Ziele an diejenigen, die sich in einer Art Totenstarre noch an die Macht klammern, die nichts mehr bewegen, außer ihre Hassparolen. Nein, du bist kein trojanisches Pferd, weil dich keiner abholt. Du wirst in deinem Holzverschlag bleiben, wo die Träume vom Sieg zu Illusionen werden. Aber du wirst erleben, dass die Menschen selbst die Verhältnisse ändern und an dem toten Holzpferd vorbeiziehen. Wie sagte dein Mann Oskar einmal: die Verhältnisse ändern sich nicht vom Regierungssessel aus. Recht hat er gehabt. Wir sind das Volk – und brauchen Dialog und keine Brandmauer!

Herzliche Grüße
Heidi

(Name der Redaktion bekannt)

Was passiert mit dem Zuschuss für das ehemalige Splash?

LESERBRIEF VON W. STEINBERGER AUS KÜR TEN



Splash! Sauna- und Badeland - Bild von © I-f-GE

Das Splash wird monatlich mit 22000€ zuzüglich Eintrittsgeldern in Höhe von 5000€ bezuschusst. Für diese Summe ist nur Schulschwimmen und Vereinsschwimmen möglich, alle anderen Bürger sind vom Schwimmen ausgeschlossen. Was passiert mit diesem Zuschuss oder wofür wird er verwendet?

Die Betreiber des Bades, des Fitnessstudios, der Sauna und der Physiotherapie sind die gleichen Personen.

Eine Trennung der Energiekosten ist nicht möglich. Auch bei den Personal- und anderen Kosten habe ich so

meine Zweifel.

Was unternimmt die Gemeinde, um eine Zweckentfremdung der für das Bad gedachten Zuschüsse zu vermeiden?

Eigentlich ist die gesamte Wassertechnik inklusive der Chloranlage dringend erneuerungsbedürftig.

Müssen die Betreiber hier Rechenschaft ablegen oder können sie mit dem Geld schlicht machen was sie wollen, da die Gemeinde wohl keinerlei Kontrollinteresse hat?

Vielleicht wäre es eine Möglichkeit, nur noch Zuschüsse zu Aufwendungen für das Bad zu

zahlen, die tatsächlich erfolgen. Zum Beispiel die Erneuerung der Chloranlage, denn das dient der Sicherheit. Vielleicht wissen einige nicht, dass Kürten im Schulzentrum ein Hallenbad hatte, welches außer Betrieb genommen wurde, als das Splash eröffnete.

Das kleine Hallenbad wurde damals für Schul- und Vereinsschwimmen sowie in den freien Stunden von der Bevölkerung genutzt.

Es wäre vor vier Jahren, als sich die Schwierigkeiten mit dem Splash abzeichneten, leicht wieder in Betrieb zu nehmen gewesen. Hätte man das getan, müsste

man sich heute nicht von den neuen Betreibern des Splash unter Druck setzen lassen. Vielleicht wäre auch heute noch im Rahmen der Sanierung von Schul- und Sporthalle eine Wiederinbetriebnahme möglich.

2021, als das Splash in finanzielle Schieflage geriet, wurde mit den Badbetreibern eine Interessengemeinschaft vereinbart.

Die Betreiber des Splash waren anfangs auch damit einverstanden, sagten jedoch einen festgelegten Besprechungstermin mit Schule und Vereinen ohne einen neuen Termin ab, da der Zuschuss von der Gemeinde vorher bereits genehmigt wurde.

Leserlob

für unabhängige und kritische Berichterstattung

Liebe BF-Redaktion,

gestern habe ich zufällig bei meiner Wanderung im Bergischen Land in dem kleinen Thailändischen Restaurant von Astrid, Nähe Marienheide, Ihre Zeitung gesehen.

Ich nahm sie mit, weil dort Werbung für Kontrafunk.radio die Titelseite schmückte.

Ein wertvoller Fund - wie sich herausstellte!

Inzwischen habe ich Ihre Artikel gelesen.

Hervorragend! Es ist wichtig, dass kleine, unabhängige kritische Printmedien (neben den unabhängigen digitalen Medien), dezentral gelesen werden können und so, weit verzweigt, andere Meinungen den Weg in die regionale Öffentlichkeit finden.

Veränderung beginnt oft in kleinen Einheiten, regt persönliche Gespräche an und führt Menschen zusammen - wie ich das gestern erlebt habe.

Ich bedanke mich an dieser Stelle für Ihre Initiative und werde Ihre Zeitung gerne unterstützen und verbreiten.

LESERBRIEF
VON BEACTE WELTERS
AUS BONN / BAD GODESBERG

Anekdoten deutscher Geschichte



Kaiser Friedrich I. – Barbarossa

Der Friedenskaiser

VON JOHANN FEHNER



Bild von © Wikimedia Commons

Als Einiger des deutschen Reiches wird er in der größten Not wiederkommen, so die Sage. Bis dahin ruht er im Kyffhäuser, wo einst eine seiner Burgen stand.

Kaiser Friedrich I. – Barbarossa (1122 bis 1190), der mit dem roten Bart, galt als Friedenskaiser, weil es ihm in seiner etwa 40jährigen Regentschaft immer wieder gelang, Konflikte innerhalb des Reiches zu lösen. Das Wort „Friedenskaiser“ muss dabei in Anführungszeichen gesetzt werden, denn die Lösung der

Konflikte wurde durchaus mit „handfesten“ Argumenten umgesetzt. Dabei begann er seine Regentschaft gemäß dem Wunsch seines Onkels König Konrad III. 1152 in Aachen mit der Krönung zum König des römisch-deutschen Reiches, die 1155 durch Papst Hadrian IV. in Rom durch die Krönung zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erweitert wurde.

Während seiner Regentschaft gab es zwei Grundkonflikte. Einerseits war das Deutsche Reich in rivalisierende Herzogtümer zersplittert und die durch Handel reich gewordenen norditalienischen Städte der Lombardei strebten nach Autonomie. Andererseits gab es den immerwährenden Machtkonflikt mit dem Papsttum.

Durch die Unterstützung von Heinrich dem Löwen gelang Friedrich I. eine Befriedung des Norditalienischen Konfliktes. Dieses Bündnis zerbrach aber und führte zunächst zu

schwerwiegenden militärischen Niederlagen gegen den Städtebund. 1177 gelang aber die Aussöhnung mit Papst Alexander III. und infolge dessen auch die Befriedung in Norditalien, wenn auch durch Gewährung weitreichender Autonomie seiner Städte.

1189, also im heutigen Rentenalter von 67, bricht Friedrich I. zusammen mit Richard Löwenherz und Philip II. zum dritten Kreuzzug auf. Vielleicht war es die unausgewogene Work-Life-Balance, die nach einem Sieg gegen die Seldschuken zum Tod beim Bad im kalten Fluss Saleph in Kleinasien führte.

Wie bei ranghohen Personen üblich, wurde sein Leichnam gekocht, um die Knochen zu beerdigen.

Diese sind aber an ihrem Ziel Jerusalem nie angekommen. Stattdessen, so die Legende, warten sie im Kyffhäuser auf ihre Auferstehung.



Bild von © Wikimedia Commons

Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Spenden Sie per PayPal über unsere Webseite i-f-ge.de

Impressum Bergische Freiheit:

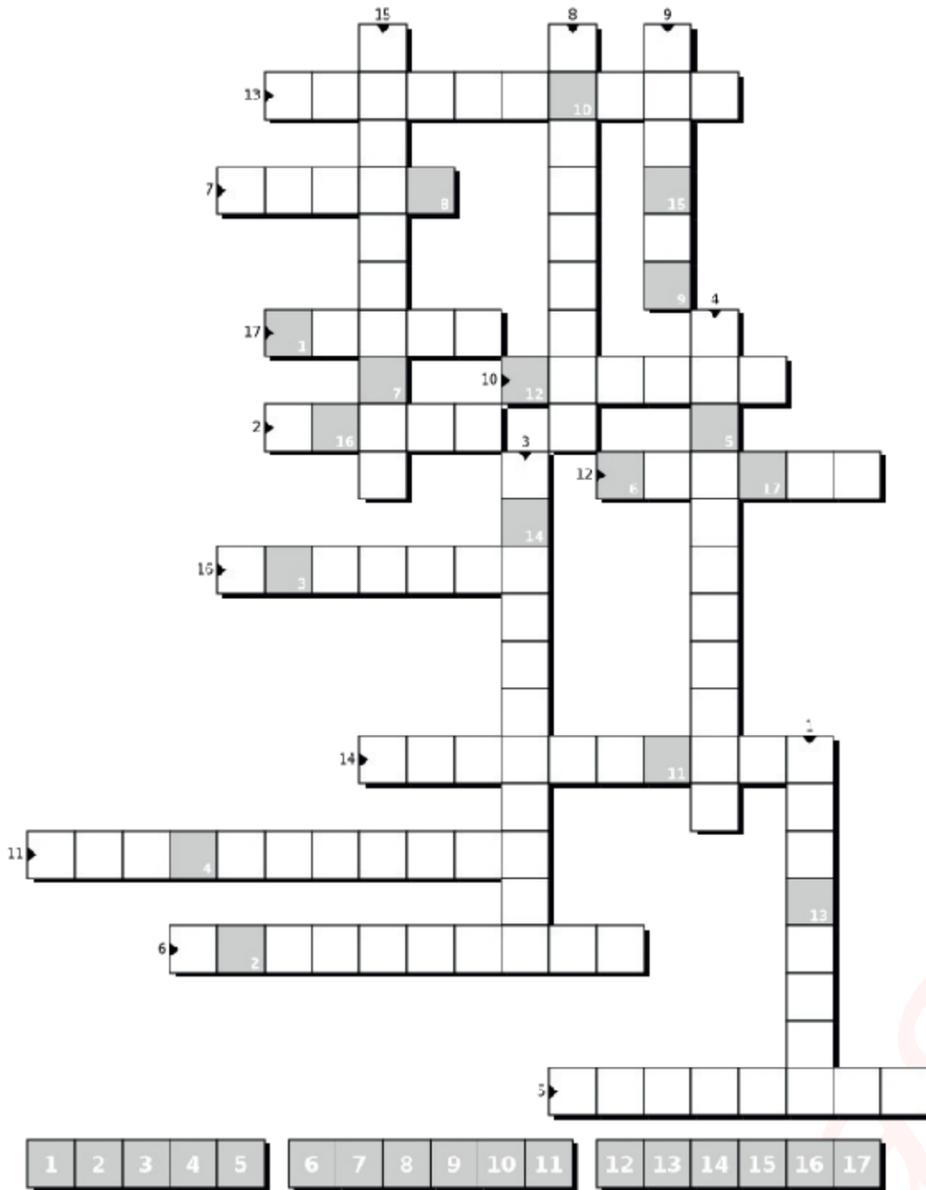
Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

12 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



1. Mordanschlag
2. Unwahrheit
3. Person vor Gericht
4. Zu unrecht Verurteilter
5. Nicht im Sinne des Volkes Regierender
6. Oligarch im Westen
7. Spitzel
8. Migrationsorganisator
9. Volkszählung
10. Unterdrückung von Meldungen
11. Mitläufer
12. Umsturz
13. Krimineller
14. Ital. Mafiaorganisation
15. Schutz vor politischer Konkurrenz
16. bekannter Querdenker
17. völliges Durcheinander

Lösung auf Seite 3

Witz:

Der Kellner eines französischen Restaurants fragt den Gast beim Abservieren:

„Na, wie fanden Sie denn das Steak?“

Der Gast: „Durch Zufall.“

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

			3	2		4		
4								
3	9	1		4				5
	7	9		6	1			
	5					2		
	8		2				5	7
9		2			3			6
5	3	7			2		4	9
8		6		1	5	3	7	

9					1		5	
8	7	2	9			6		
	1		2		7	8	3	
			1		6	9	2	
	5		7		4	1	8	
				2	3	4		
	4		3					
			6	1				
				4		2	6	1

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>